Mittwoch 10. Juli 1929
11. Jahrg. Nummer 157

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 13 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 560 96. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4065; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1864; Berlin: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Polizeifront gegen Antikriegstag

Verbote in allen Ländern — Grzesinski gibt das Signal

SPD.-Polizeiminister verbietet internationale Kundgebung in Aachen

Aachen, 9. Juli.

Der preußische Innenminister Grzesinski hat das für den 21. Juli festgesetzte Grenztreffen deutscher, holländischer, belgischer Arbeiter, das in Aachen stattfinden sollte, verboten. Die Initiative ging von den kommunistischen Parteien dieser Länder aus. Dem Vorgehen Grzesinskis haben sich auch die belgischen Behörden angeschlossen. — In der Zeit der verstärkten Kriegsaufrüstung verbietet die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien anläßlich der 15. Wiederkehr des Krieges eine eindrucksvolle Verbrüderung der Arbeiter verschiedener Länder und eine Demonstration gegen den neuen Krieg.

Deutsch-holländische Arbeiterdemonstration

Gummiknüppelattacken der holländischen Polizei.

Amsterdam, 8. Juli. In dem Städtchen Caandam (Amsterdamer Nordseekanal) kam es zu einer Verbrüderung deutscher revolutionärer Seeleute, die zur Besatzung des im Hafen liegenden deutschen Dampfers „Diana" gehören, und holländischer Arbeiter. Sie veranstalteten einen Demonstrationszug durch die Stadt. Alle verfügbare Polizei wurde sofort zusammengezogen, um den Demonstrationszug aufzulösen. Mit Gummiknüppeln und Säbeln wurde in die Demonstranten hineingeschlagen. Verschiedene Teilnehmer der Demonstration wurden verletzt. Eine Reihe holländischer Arbeiter, darunter einige Kommunisten, wurden verhaftet. Die deutschen Seeleute, die an der Demonstration teilnahmen, konnten rechtzeitig ihr Schiff erreichen.

Zensur gegen Antikriegstag in der Tschechoslowakei

Wie in Holland, Belgien und Frankreich, so wendet auch die Regierung der Tschechoslowakei die brutalsten Mittel an, um die Mobilisierung der Arbeiterschaft für den Antikriegstag zu verhindern. Die „Arbeiterzeitung", das Wochenblatt der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, vom Sonnabend, dem 6. Juli, erscheint mit großen, weißen Flecken. Das sind die Stellen der Zeitung, die Artikel enthielten, die von den Zensurbehörden gestrichen wurden. Auf der ersten Seite des Blattes ist die letzte Spalte weiß. Von einem anderen Artikel auf der ersten Seite, betitelt: „Die Industrierüstungen für den kommenden Krieg. — Eine Probemobilisierung der Industrie in Japan" hat die Zensur zwei Drittel gestrichen. Am Ende des weißen Absatzes steht wie ein Symbol der Schlußsatz:

Heraus zur Massendemonstration gegen den imperialistischen Krieg am 15. Jahrestag des Krieges!

Dieser Satz bleibt stehen. Ihn konnten die Zensurgewaltigen nicht wegstreichen. Heraus zur internationalen Massendemonstration am 1. August, das ist die Parole für die Arbeiter aller Länder.

Trotz Polizeiverboten, trotz aller Schikanen und Verfolgungen wird das internationale Proletariat über die Grenzen hinweg sich die Bruderhand reichen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zum Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion. Verbunden durch die kommunistische Weltpartei mit den Arbeitern aller Länder, muß die schlesische und oberschlesische Arbeiterschaft unter Führung der KPD. die drei Wochen, die uns noch von dem 1. August trennen, ausnutzen zur gründlichsten Vorbereitung des Antikriegstages. Schlesische und oberschlesische Arbeiter, bildet Antikriegskomitees, mobilisiert die Betriebsräte für den Antikriegstag, arbeitende Männer, arbeitende Frauen, arbeitende Jugend in Stadt und Land, antwortet den Kriegstreibern, die mit Verboten und Zensur die Verbrüderung des Proletariats verhindern wollen.

Rüstet zum 1. August

Nahrungs-Vergiftung-Erkrankungen in England. TU. London, 8. Juli. Während des Wochenendes sind etwa 160 Personen in verschiedenen Teilen Großbritanniens unter Anzeichen von Nahrungsvergiftung erkrankt, darunter 37 Hochzeitsgäste in Datchet, 35 Vertreter der Eisenbahnertagung in Southampton und 84 Teilnehmer einer Sonntagsschule in Lincolnshire. Die Untersuchung ist im Gange.

Mißglückter Offiziersputsch in Rumänien

Bukarest, 8. Juli.

In Bukarest wurden gestern abend und heute früh im rumänischen Offizierkorps etwa 200 Verhaftungen vorgenommen, darunter eine Anzahl führender rumänischer Militärs. Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit einem für den vergangenen Sonntag geplanten Staatsstreich des Offizierkorps gegen die Regierung Maniu, der zur Bildung einer neuen Regierung mit dem General Angelescu führen sollte. Im letzten Augenblick ist der Plan der Regierung aufgedeckt und durch die Verhaftung der beteiligten Offiziere vereitelt worden. Bis jetzt scheint die Ruhe in Rumänien aufrechterhalten worden zu sein, die Regierung ist Herrin der Lage.

Der Putschversuch der faschistischen Militärkamarilla zeigt nur das verrottete System des Cliquenkampfes innerhalb der rumänischen Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes. Zeitweilig nimmt dieser Kampf so heftige Formen an, daß er zu einem offenen Aufstandsversuch der einen Clique gegen die andere führt. Eine ernsthafte Massenbewegung steht hinter diesem Putschversuch der rumänischen Offizierskamarilla nicht.

Weitere Verhaftungen

TU. Bukarest, 8. Juli. Am Montagabend gab die Regierung einen Bericht aus, in dem festgestellt wird, daß im Land vollkommene Ruhe und Ordnung herrschen. Die Armee sei auf ihrem Platze. Einige Agitationen unter Führung des ehemaligen Obersten Stoica hätten versucht, einen Putsch zu veranstalten. Auch zwei Offiziere niederen Ranges seien der Bewegung beigetreten. Die Urheber und die übrigen Beteiligten seien verhaftet worden.

Vor Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages

Verständigung im Westen — Freie Hand nach Osten für Pilsudski

Breslau, 9. Juli.

Wie aus Meldungen der heutigen bürgerlichen Presse hervorgeht, hat das Reichskabinett sich gestern mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag beschäftigt. Die Verhandlungen scheinen unmittelbar vor dem Abschluß zu stehen.

Dieser Abschluß würde den dreieinhalbjährigen Wirtschaftskrieg, der zwischen Polen und Deutschland im Interesse der deutschen Großagrarier und der polnischen Industriellen auf Kosten der Massen werktätiger Verbraucher in beiden Ländern geführt wurde, zum Abschluß bringen. Es ging bei diesem Streit bekanntlich um das Kohlen- und Schweinekontingent. Die Agrarier und ihre Blätter, wie die „Schlesische Zeitung" erheben heute ein großes Geschrei über die Benachteiligung agrarischer Interessen. Sie wollen die Einfuhr billigerer polnischer Schweine verhindern, um die Fleischpreise weiter hoch zu halten.

Polen hat bisher auf einem Einfuhrkontingent bis zu 600 000 lebenden Schweinen bestanden und scheint jetzt einige geringe Konzessionen gemacht zu haben. Der polnische Standpunkt ist klar. Polen will als Agrarland hauptsächlich seinen landwirtschaftlichen Export fördern, und da es imstande ist, jährlich etwa 1,5 Millionen Schweine zu exportieren, kämpft es vor allem um Absatzmärkte für sein Vieh. Polen glaubt, seinen Willen Deutschland um so mehr aufdringen zu können, als die Fertigindustrie auf den Export nach Polen keineswegs verzichten kann.

*

Der Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages ist von internationaler Bedeutung. Der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, schrieb vor einiger Zeit anläßlich der Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag:

„Was zu erstreben wäre, ist eine möglichst enge wirtschaftliche Verbindung, aus deren Wirksamkeit schließlich auch eine Befestigung der politischen Beziehungen herauswachsen könnte."

Bernhard betonte: **„daß der deutsch-polnische Handelsvertrag mehr zu bedeuten pflegt als sonst Handelsverträge zu bedeuten pflegen.** Er hatte vollkommen recht. Wenn man weiß, daß niemand anderes als der Diktator und Sowjetfeind Pilsudski der eifrigste Befürworter des deutsch-polnischen Handelsvertrages ist, so versteht man den Grund der polnischen Verständigungsbereitschaft. **Freie Hand im Westen bedeutet für Pilsudski freie Hand im Osten.** Der Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages ist eine Frage, die auf das engste mit dem Problem des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion verbunden wird. Wie Pilsudski-Polen fieberhaft rüstet, werden wir morgen in einem besonderen Artikel aufzeigen.

Justizfeldzug gegen KPD.-Presse

Der Reichsanwalt am Reichsgericht zu Leipzig hat gegen die beiden politischen Redakteure der „Sozialistischen Republik" in Köln, die Genossen Knodt und Schneider Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben. Ein weiteres Verfahren gegen ein drittes Mitglied der Redaktion steht bevor. Erst kürzlich wurde der bisherige verantwortliche Redakteur der „Sozialistischen Republik", Genosse Klepper, zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt. Innerhalb weniger Monate sind gegen vier Redakteure eines einzigen kommunistischen Blattes Hochverratsprozesse angestrengt worden.

Der Justizfeldzug gegen die kommunistische Presse steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. Die Sozialdemokratie ist die Helferin der Imperialisten. Die Verfahren gegen die Genossen in Köln sind im engsten Zusammenarbeiten mit dem Kölner Polizeipräsidium, das von der SPD. besetzt ist, erfolgt.

Polizeischikane gegen die Rote Hilfe in Hamburg

Nicht nur die Kommunistische Partei ist nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes verschärften Schikanen der Polizei ausgesetzt, sondern auch die mit ihr ideologisch verbundenen Organisationen, wie die Rote Hilfe und die Internationale Arbeiterhilfe, bekommen die verschärfte polizeiliche Willkür zu spüren. Zu wiederholten Malen sind in letzter Zeit Mitgliederversammlungen der Roten Hilfe in Hamburg durch uniformierte Polizei des Sozialdemokraten Schönfelder, die sich unmittelbar vor die Versammlungslokale postierte, überwacht worden.

Am 24. Mai und am 25. Juni war in Eimsbüttel die Ueberwachung des Lokals von Holzwagel eine derart provozierende, daß größte Beunruhigung in den Kreisen der dortigen Arbeiterbevölkerung hervorgerufen wurde. Am 25. Juni hat die uniformierte Polizei das betreffende Lokal von nachmittags 17 Uhr an überwacht. Aber die Schikanen der Hamburger Polizei gegen die Rote Hilfe beschränken sich nicht nur auf Ueberwachung und Bespitzelung. Der Hamburger Bezirksvorstand der Roten Hilfe hatte im Jahre 1928 einen Erlaubnisschein durch die Polizeibehörde für einen kleinen Propagandawagen zum Befahren der Straßen erhalten. Für die Wintermonate wurde ihm dieser Schein nicht erneuert, da in dieser Zeit der Wagen nicht benutzt wurde. Am 18. Juni hatte nun die Rote Hilfe einen erneuten Antrag auf einen Erlaubnisschein gestellt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Auf die Frage nach dem Grund der Ablehnung wurde erklärt, „daß die Rote Hilfe als ein Teil des verbotenen Roten Frontkämpferbundes betrachtet werde". Wenige Tage nach diesem mündlichen Bescheid lief auch eine schriftliche Bestätigung ein, die die Wiedererteilung der Erlaubnis untersagte.

Die Rote Hilfe wird sich mit dieser Ablehnung ihres Antrages nicht zufriedengeben und beim Verwaltungsgericht Klage gegen diesen Entscheid erheben.

18 wertvolle Rennpferde verbrannt. — TU. Hamburg, 8. Juli. Montag morgen gegen ½3 Uhr brach in einem Pferdestall auf der Rennbahn Warmbeck bei Hamburg, in dem eine größere Anzahl Rennpferde untergebracht war, auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise Feuer aus. Das Feuer, das in den aufgestapelten Futtervorräten reiche Nahrung fand, und dadurch, daß das Obergeschoß des Stalles aus Holz bestand, konnte durch die herbeigeeilte Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden, doch gelang es nicht mehr, sämtliche in dem Stall untergebrachten Pferde zu retten, so daß 18 wertvolle Pferde dem Feuer zum Opfer fielen. Der Gesamtschaden steht noch nicht fest.

Aussperrungskampf — Kriegsrüstung

Der Aussperrungskampf in der schlesischen Textilindustrie war nicht bloß eine Angelegenheit der Textilarbeiter selbst. Er war ein Teil des Klassenkampfes, der ununterbrochen zwischen den Kapitalisten und Proletariern tobt. Die Ursachen und Lehren dieses Kampfes im Zusammenhang mit dem allgemeinen Klassenkampf müssen von allen Arbeitern und Arbeiterinnen genau beachtet werden.

Was sind die Ursachen, die die Unternehmer veranlassen, im Kampf gegen die Arbeiterschaft mit äußerster Brutalität aufzutreten?

In allen Staaten der Welt werden die Betriebe rationalisiert. Die Kapitalisten aller Länder sind in der Lage, ungeheure Warenmengen zu produzieren. Was ihnen fehlt, ist der Absatzmarkt für diese Waren. Um die Waren trotz der großen Konkurrenz absetzen zu können, müssen die Kapitalisten auf dem Auslandsmarkte mit den Preisen heruntergehen. Da sie das auf Kosten der Profits nicht tun wollen, rationalisieren sie die Betriebe, drücken die Löhne und beschäftigen an Stelle erwachsener Arbeiter, die billigeren Frauen und Jugendlichen.

Der Aussperrungskampf in der schlesischen Textilindustrie wurde von den Textilunternehmern u. a. zu dem Zwecke geführt, die Kosten der verschärften Konkurrenz auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen und gleichzeitig die eigenen Profite zu steigern.

Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkte führt zu immer heftigeren Konflikten zwischen den kapitalistischen Staaten. Der Weltkrieg 1914 bis 1918 war die erste große kriegerische Auseinandersetzung um die Absatzgebiete. Die Folge der jetzt erneut verschärften Konkurrenz wird ebenfalls ein gewaltiger Krieg sein. Dieser wird infolge der inzwischen gemachten technischen Erfindungen auf dem Gebiete des Gases, des Flugzeugwesens usw. ungeheure Opfer an Menschenleben fordern und geradezu barbarische Verwüstungen anrichten. Er wird nach Lage der Dinge von einem Bund europäischer Staaten einschließlich Deutschland gegen den russischen Arbeiterstaat geführt werden. Weil in Rußland die Arbeiter die Regierung in der Hand haben, wird es von allen kapitalistischen Staaten gehaßt. Weil Rußland ein Sechstel der festen Erdoberfläche umfaßt, ungeheuer reich an allen Naturprodukten ist, eine vorwiegend bäuerliche Bevölkerung besitzt, und somit ein großer Abnehmer von ausländischen Industrieerzeugnissen werden könnte — deshalb blicken alle kapitalistischen Staaten mit wahrem Heißhunger nach dem Osten und rüsten fieberhaft zum Krieg gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat.

Ebenso wie die Unternehmer versuchen, die Kosten des verschärften Konkurrenzkampfes auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, ebenso werden auch im kommenden Kriege nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter bluten müssen. Die Aussperrung in der Textilindustrie hatte u. a. den Zweck, die Arbeiter zu zermürben und allen Wünschen der Ausbeuter und Kriegstreiber gefügig zu machen. Die Arbeiter müssen sich dagegen entschieden wehren!

Welche Partei, welche Organisation ist es, die gegen die Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der Arbeiter und gegen den drohenden Krieg den Kampf organisiert?

Die Sozialdemokratie ist es nicht.

In dem vor einigen Tagen abgeschlossenen Textilarbeiterkampf hatten die Arbeiter reichlich Gelegenheit, die Haltung der Sozialdemokraten zu beobachten. Die Sozialdemokraten haben alles getan, um den Textilarbeiterkampf mit einer Niederlage zu beenden. Wohl haben sie in den Arbeiterversammlungen scheinradikale Worte geschwungen, doch muß man die Menschen nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen.

Aehnlich wie im Textilarbeiterkampf ist die Haltung der Sozialdemokraten zum kommenden Kriege. In Versammlungen und in ihren Zeitungen sagen sie „Nie wieder Krieg". In der Regierung aber bewilligen sie den Panzerkreuzer und den gesamten Wehretat und beschließen auf ihrem Parteitag in Magdeburg ein Wehrprogramm. Ebenso wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für Abwälzung der Kosten des verschärften Konkurrenzkampfes auf die Schultern der Arbeiter eintreten, ebenso rüsten die Sozialdemokraten zum neuen Kriege, in der Hoffnung, neue Absatzgebiete zur Steigerung der Unternehmergewinne erobern zu können. Arbeiter, glaubt den Sozialdemokraten nicht, wenn sie wieder einmal den Ruf ausstoßen: „Das Vaterland ist in Gefahr!" Euer Vaterland ist das Arbeiterrußland und wird das Arbeiter-Deutschland werden.

Die Kommunistische Partei lehnt die Beteiligung an der Regierung im kapitalistischen Deutschland ab, weil dies einem Verrat an den Arbeiterinteressen gleichkommen würde. Die Taten der Sozialdemokratie in der Regierung sind Beweis genug dafür. Die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition waren es, die im abgeschlossenen Textilarbeiterkampf die Rolle der Sozialdemokraten entlarvten und mit allen Mitteln versuchten, die einheitliche Kampffront der Arbeiter in den Betrieben herzustellen.

Die Kommunistische Partei ist die Führerin des Proletariats im Kampfe für Lohnerhöhung, für Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der Besitzenden, im Kampfe gegen den drohenden Krieg.

Schart Euch um die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Organisiert unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen den Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung!

Bildet zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg Antikriegskomitees.

Verteidigt die Sowjetunion!

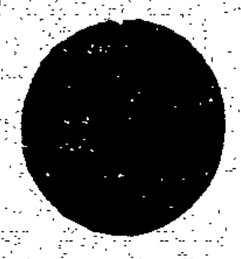
Kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei für den Sozialismus!

Werktätige Frauen und Mädchen!
Proletarische Hausfrauen!

Kommt

am 20. und 21. Juli 1929

zum 2. Roten Frauentreffen nach Breslau!



Bekundet Euren Willen zum Kampf gegen den Krieg durch eine recht starke Beteiligung

Das 2. Rote Frauentreffen muß ein gewaltiger Auftakt für den **Antikriegstag** am 1. August werden!

Vom Tage

Der Putschversuch in Rumänien hat einen weit größeren Charakter gehabt, als es die Regierung zugibt. Die Verhaftungen dauern an.

Botschafter Hoesch hatte Montag nachmittag neue Unterredungen mit Berthelot und Briand.

Im Fachot-Prozeß ist der Angeklagte Benoit, der seinerzeit ein Attentat auf den Staatsanwalt Fachot verübte, freigesprochen worden.

Nach einer noch unbestätigten Meldung soll das Flugzeug „Untin Bowler" die Nordküste von Labrador erreicht haben.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit den Vorarbeiten für die Einsetzung des gemäß dem Youngplan vorgesehenen Ausschusses und erörterte die deutsch-polnische Verhandlungenfrage (deutsch-polnischer Handelsvertrag).

Der Preußische Landtag erledigte am Montag in neunstündiger Sitzung die zweite Lesung des westlichen Umgemeindungsgesetzes.

Zwischen der Nanking-Regierung und General Feng ist ein Kompromiß zustandegekommen.

Nach polizeilichen Ermittelungen scheint der Brand auf der Farmsener Rennbahn auf einen eisernen Ofen zurückzuführen zu sein, durch den ein Strohhaufen im Pferdestall in Brand geriet.

Rüstet zum 1. August!

„Krieg und Faschismus — die Todfeinde der Werktätigen"!

Aufruf des Internationalen Antifaschistenkomitees

Das Internationale Antifaschistenkomitee richtet an alle Arbeiter und Bauern, revolutionäre Intellektuelle und unterdrückte Völker der Kolonien und der nationalen Minderheiten einen Aufruf zum Kampfe gegen Faschismus und Kriegsgefahr, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Reaktion verschärft sich zusehends in allen kapitalistischen Ländern, in den Kolonien und Halbkolonien. **Die sogenannten „demokratischen" Staaten verwandeln sich in offene Hochburgen der Reaktion.** Die herrschenden Klassen schaffen überall bewaffnete faschistische Bürgerkriegstruppen in der Absicht, die Organisationen des Proletariats zu zerstören."

Nach Hinweis auf das wachsende faschistische Regime in Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und den anderen Ländern der „Demokratie" heißt es weiter: **„Die Führer des internationalen Reformismus sind an dieser Entwicklung mitschuldig und direkt beteiligt.** Ihre Minister sitzen in den kapitalistischen Regierungen und stellen den herrschenden Klassen die willigsten Polizeipräsidenten und Verwaltungsbeamte. Sie öffnen der Reaktion und dem Faschismus Tür und Tor. Sie führen den Kampf — nicht gegen die Faschisten, nicht gegen die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter, sondern gegen die revolutionären Antifaschisten und gegen das klassenkämpferische Proletariat.

Die Verschärfung und Ausbreitung der Reaktion und des Faschismus sind ein Zeichen der sich drohend verschärfenden Kriegsgefahr, in erster Reihe des Krieges gegen das einzige Land, in dem dank der siegreichen proletarischen Revolution der Faschismus keinen Platz hat, noch haben kann, gegen die Sowjetunion. Um den Widerstand des werktätigen Volkes gegen den imperialistischen Krieg zu brechen, um es zum willenlosen Objekt, zum Kanonenfutter des neuen Krieges zu machen, rüsten die herrschenden Klassen zum Bürgerkrieg, verstärken die Reaktion und bewaffnen ihre faschistischen Bürgerkriegstruppen. Imperialistischer Krieg nach außen und Bürgerkrieg der herrschenden Klassen gegen den „inneren Feind", gegen das eigene werktätige Volk, sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der letztere ist in Gestalt des weißen Terrors in vielen Ländern bereits im Gange."

Der Aufruf schließt: **„Faschismus und Krieg sind die Todfeinde des werktätigen Volkes! Nieder mit dem Faschismus und der Reaktion! Vereinigt alle Kräfte im Kampfe gegen die Kriegsgefahr! Beteiligt euch in Massen an den internationalen Kundgebungen am 1. August!"**

Das Internationale Antifaschistenkomitee
gez.: Henry Barbusse.

Aus aller Welt

Kesselexplosion auf einem spanischen Fischdampfer

TU. **Madrid**, 9. Juli. Auf der Höhe von Gijon (Nordküste Spaniens) ereignete sich auf einem Fischdampfer eine Kesselexplosion. Es wurden sechs Seeleute getötet und vier schwer verletzt.

Eine Wahnsinnstat in Uetersen

TU. **Uetersen**, 8. Juli. Eine Wahnsinnstat verübte am Montagmittag der hiesige Arbeiter Wachtel. Er griff plötzlich mit einer Mistgabel die sich in seiner Nähe befindlichen Passanten an. Sechs Personen wurden durch Stichwunden am Kopf schwer verletzt, und zwar drei Frauen, zwei Kinder und ein Mann. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus oder ihren Wohnungen zugeführt. Der Täter wurde festgenommen und dem Polizeigefängnis zugewiesen. Anscheinend handelt es sich um einen plötzlichen Wahnsinnsausbruch.

Ein neuer Ozeanflug

TU. **Neuyork**, 8. Juli. Aus Old Orchard wird gemeldet: Das Flugzeug „Pfadfinder" ist zu seinem Ozeanflug nach Rom um 8.43 Uhr amerikanischer Zeit aufgestiegen.

32 Grad Celsius in Neuyork. — TU. Neuyork, 8. Juli. Im Laufe des Sonntags stieg das Thermometer bis auf 32 Grad Celsius. In Neuyork war die Hitze so unerträglich, daß Zehntausende Erholung an der See und an anderen schattigen Plätzen außerhalb der Stadt suchten. Eine Person wurde vom Hitzschlage getroffen.

Die Sekretärin des Prälaten

21

von Alben Daudistel

Copyright by Albert Daudistel. (Nachdruck verboten)

Sie jedoch knickte ihre Zigarette auf dem Aschenbecher und drückte mit dem oberen Ende die Glut tot; dann sagte sie: „Ich verhüte nur das Allerschlimmste. Aber das hat noch Zeit; vorerst hören Sie mal zu: Als mich der Prälat damals an den Justizminister abgab, merkte ich sofort, daß er es aus irgendeinem ganz besonderen Grunde tat. Ich war natürlich sehr daran interessiert, mal (wie man so sagt) »hinter die Kulissen zu schauen«. Und schon an jenem Vormittag, als er Madame Richmond bei sich anstellte, begegnete mir im Parlament der Innenminister. Er schien sehr gut gelaunt gewesen zu sein, denn er sagte mir, der Prälat habe nun in seinem Büro „eine sehr pikante" Sekretärin und — eine Leiter dazu... Ich erinnere mich ganz gut daran, daß der Innenminister mir auf meine Frage, was denn die Leiter mit der sehr pikanten Dame zu tun habe, antwortete, ob ich denn nicht verstehen könne, daß der Prälat, weil er die Dame doch nicht sofort auf den Kopf stellen dürfe, also auf den Anblick aus der »Vogelperspektive« vorerst verzichten und sich mit dem weniger auffälligen Blick aus der »Hundeperspektive« begnügen müsse. Na, schön," sagte Fräulein Batteux, „als ich am Mittag jenes Tages den Prälaten zum ersten Male mit der sehr pikanten Dame ins Parlamentsrestaurant gehen sah, benützte ich die Gelegenheit und ging hinauf in sein Büro, um mir nun auch mal die merkwürdige Leiter anzusehen. Und als ich dann so vor jener Leiter stand, dachte ich: „Ja, der Innenminister scheint recht zu haben..." Dabei fühlte ich immer stärker, daß mich der Prälat nur deswegen an den Justizminister abgab, weil er den Platz, den ich bei ihm einnahm, für die Pikante freibekommen wollte. Ja, und während ich da nun — ganz offen gesagt — so gedrückt vor jener Leiter stand, hörte ich auf einmal vom Zimmer nebenan ganz deutlich durch jene Wand hindurch, daß dort der klerikale Referent für die Erwerbslosenfürsorge ein Streichholz anzündete. Und da entstand in mir sofort der Reiz, den Prälaten hinter jener Wand, an deren Indiskretoin man doch schon durch viele Jahre hindurch so gewöhnt worden war, daß man sie gar nicht mehr beachtete, zu belauschen. Meine Neugierde in dieser Sache wurde noch durch die Tatsache bestärkt, daß der Referent der Erwerbslosenfürsorge, wenn er an keiner Sitzung teilnehmen mußte, im Parlamentsrestaurant verweilte und Karten spielte. Und nun, Herr Doktor, passen Sie gut auf!", betonte sie und erklärte, „denn was ich jetzt erzähle, interessiert Sie erst recht: Da Sie gestern so plötzlich zu mir in mein Büro hereingeschneit kamen, obwohl Sie mich zuvor nie beachteten, deshalb dachte ich: »Aha, den hat die Pikante zu mir geschickt!« Und als Sie mir von jenem Geklopfe berichteten, habe ich Ihnen verraten, daß kein anderer als ich gegen jene Wand klopfte. Ja, schon am Abend des Tages, an dem die Pikante zum erstenmal bei dem Prälaten gearbeitet hatte, konnte ich in jenem Zimmer nebenan ganz deutlich hören, daß er sich bereits in sie verliebte. Ich klopfte da zum erstenmal gegen jene Wand, das heißt: ich appellierte durch das Geklopfe insofern an seinen Verstand, als ich glaubte, er nehme aus dem Geklopfe wahr, daß ihm jemand durch das Geklopfe zu verstehen geben wolle, er solle aus Rücksicht auf seine berufliche Stellung (wie man sagt) »sein Nest sauber halten«. Meine Vermutung aber, daß er rücksichtslos gegen den, der ihn also warnte, vorgehen werde, traf zu: er suchte sofort in jenem verdächtigen Zimmer nach dem »Spion«. Jedoch vergebens; denn ich war da bereits in guter Deckung, und zwar in dem Zimmer, das dem verdächtigen gegenüberlag. Ich hatte mich, bevor ich klopfte, davon überzeugt, daß jenes Zimmer, in dem ich nachher Deckung nahm, nicht abgeschlossen und gerade nicht vom Kommunisten Boulenbach benutzt wurde. Und dann, als ich gegen jene Wand geklopft und in das gegenüberliegende Zimmer geflüchtet war, schloß ich es von innen ab!" Fräulein Batteux erklärte: „Manchmal erlebt man gar wunderliche Dinge: mir kam gar bald, nachdem ich den Prälaten also zum erstenmal gewarnt hatte, zu Ohren, der Innenminister habe sich im Kreise seinesgleichen darüber belustigt, daß mich der Prälat nur deshalb abgeschoben habe, weil er meinen Geruch nicht mehr hätte aushalten können..." Fräulein Batteux lächelte ingrimmig: „Wissen Sie, Herr Doktor, als ich nun den bedauerlichen Grund wußte, weswegen mich der Prälat abschob, und ich dann den schmählichen Vorwand zu hören bekam, der ihm als Mittel gegen mich nicht schmutzig genug war, da habe ich mich ganz von den Frommen abgewendet und mich ganz auf die Seite des Gegners begeben; dort wird der arbeitsame Proletarier nicht verachtet, dort wird er vielmehr beachtet, nicht um seines Aussehens willen, sondern um einer Religion willen, die allerdings nur auf realpolitischen Zweck hinweist, auf das heilige Recht zur Befreiung der Unterdrückten, der Mißhandelten, der so oder so Geschändeten!"

Nachdem Fräulein Batteux so berichtet hatte, fragte Dr. Thilbaut: „Wollen Sie denn wirklich ein großes Unheil anrichten?"

Sie erwiderte: „Ich schütze nur einen!"

„Wen?", fragte Dr. Thilbaut.

Sie sagte: „Meinen Genossen..."

Dr. Thilbaut lächelte: „Da rate ich Ihnen, zum al Sie mir gegenüber so unerhört dreist berichten, dringend ab! Denn wir werden uns gegen Sie beide zu wehren wissen Kleinigkeit!", betonte er noch und erklärte: „Ihr Ge — nosse Richmond hat seiner Frau gestern abend so hart ins Gesicht geschlagen, daß sie sich wegen des Schlages in ärztliche Behandlung begeben mußte..."

Sie erwiderte: „Nicht mal ein guter Freund hätte meinen Genossen, der seine Frau wirklich liebte, in seinem Leid, das Ihr über ihn brachtet, trösten können; er hörte erst auf mich, als ich mich, da ich wußte, daß er ein Revolutionär ist, als seine Genossin bei ihm legitimiert hatte. Ja, mein Genosse stellte seine Frau zur Rede, weil sie gestern erst um zwei Uhr nachts zu Hause eintraf; als sie da frech ins Gesicht sagte, er solle sich doch, wenn sie ihm zu lange wegbleibe ‚eine Freundin suchen, aber keine mit Lues, da erst schlug er nach ihr und traf ihr rechtes Auge, das freilich zuschwoll! Aber das Allerschlimmste will ich nunmehr um seinetwillen verhüten; er würde Euch drei, wenn ich nicht vor ihm reden könnte, zusammenschießen, daß bloß noch Fetzen von Euren Leibern übrig blieben

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Domrowitz; für „Betrieb und Werkstatt" und „Wandertrieb" Wilhelm Bielowski; für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für Inserate W. Gerber, Breslau.

Der Textilarbeiterkampf vor dem Landtag

Rede des Genossen Wollweber

In der Sonnabendsitzung des Landtages führte Genosse Wollweber aus:

Seit sechs Wochen liegen in Schlesien mehr als 50 000 Textilarbeiter auf der Straße, die von dem Unternehmertum ausgesperrt wurden. Diese Aussperrung stellt einen Teil der kapitalistischen Offensive gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft dar, die eine Senkung der Reallöhne und eine Steigerung der Arbeitsintensität zum Ziele hat. Die Textilarbeiter wurden ausgesperrt, weil sie eine bescheidene Lohnforderung stellten. Die Forderung der Gewerkschaften, die unserer Ansicht noch viel zu gering ist, betrug 11 Pfg. Stundenlohnzuschlag. Die Gewerkschaften haben wichtige Forderungen der Arbeiterschaft gar nicht beachtet, so z. B. nicht jene Forderung auf gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung.

Wie sehen nun die Löhne der schlesischen Textilarbeiter aus, die nach Ansicht des Unternehmertums noch abgebaut werden müssen? Die Facharbeiter in der Textilindustrie in Schlesien verdienen, und zwar Arbeiter über 20 Jahre, pro Stunde 56,4 Pfg. Die weiblichen Arbeiter verdienen 42,3 Pfg.

In der Praxis sieht die Entlohnung der schlesischen Textilarbeiter folgendermaßen aus: von 85 Lohnzetteln, die ich überprüfte, konnte festgestellt werden, daß 48 Arbeiter ein Einkommen von weniger als 20 Mark die Woche haben, daß nur 37 einen Verdienst von über 20 Mark in der Woche haben. Vier Lohnempfänger erreichen überhaupt nur eine Lohngrenze von mehr als 30 Mark die Woche, und 18 verdienen noch weniger als 15 Mark die Woche. Fünf Lohnempfänger von den 85 erreichen überhaupt nur die steuerpflichtige Einkommensgrenze. Nach dem Bericht einer bürgerlichen Zeitung gibt es zum Beispiel im Kreise Landeshut noch 350 Hausweber, die 4 bis 6 Mark die Woche verdienen; von diesen 4 bis 6 Mark muß eine ganze Familie leben.

Ich habe hier Lohnzettel vor mir liegen, nach denen eine Textilarbeiterin

in 32 Stunden 4,06 Mark verdient.

Nach einem anderen Lohnzettel verdient eine Textilarbeiterin in 24 Stunden sogar nur 2,27 Mark. Vielleicht zeigt uns einer der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Abgeordneten, wie man in der Woche von 2,27 Mark leben kann. Aber auch die männlichen Arbeitskräfte werden außerordentlich schlecht entlohnt. Ein Arbeiter, der 17 Jahre alt ist, verdient in der Woche 9,44 Mark; ein Arbeiter, der 26 Jahre alt ist, verdient im Zeitlohn in der Woche 16,88 Mark.

Zum Hungerdasein gesellt sich das Wohnungselend.

Die Auswirkung dieser Hungerlöhne ist nun auch entsprechend. Sie drückt sich in einem unerhörten Wohnungselend und in einer Elendslage der Kinder der Textilarbeiter aus. In Langenbielau wohnen bei einer Bevölkerungszahl von 19 000 Menschen 4013 Familien in Wohnungen bis zu zwei Zimmern einschließlich Küche. Davon wohnen allein 1461 Familien in Wohnungen mit nur einem Zimmer.

Aber dort gibt es nicht nur Armut, sondern auf der anderen Seite auch Reichtum. In Langenbielau leben nämlich 47 Familien — die Textilindustriellen, ihre Direktoren und sonstige Lakaien. — 47 Familien, mit geringer Kinderzahl, haben Wohnungen mit mehr als zehn Zimmern. Also, auf der einen Seite eine beispiellose Armut, auf der anderen Seite großer Reichtum.

Kinderelend im Licht der amtlichen Statistik

Noch krasser drückt sich das in dem Kinderelend aus. Nach einer amtlichen Denkschrift des Magistrats der Stadt Landeshut gehen von 1130 Schulkindern 129 völlig nüchtern, ohne jegliches Frühstück, in die Schule. Obwohl dort ein Textilgebiet liegt, haben 124 von diesen Kindern nicht einmal einen Mantel. 425 haben kein eigenes Bett, und 26 Kinder müssen auf der Erde oder auf dem Strohsack schlafen. Er ist klar, daß die Not der schlesischen Textilarbeiter nicht nur jetzt, in der Zeit der Aussperrung, wo viele Zehntausende ohne einen Pfennig Einkommen sind, groß ist, sondern auch dann, wenn die Betriebe arbeiten. Die Unternehmer verlangten nun, daß von den schändlichen Löhnen, die ich bereits aufgezeigt habe, noch 10 Prozent abgebaut werden sollten. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, und dieser Schiedsspruch sieht vor, daß der Lohn jetzt um 2,8 Pfg., und in einem halben Jahre wiederum um 2 Pfg. erhöht werden soll. Inzwischen ist dieser Schiedsspruch von dem Unternehmertum abgelehnt worden. Die reformistischen Gewerkschaften verlangten die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Diese wurde von dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister abgelehnt. Wir treten nicht für die Verbindlichkeitserklärung ein. Aber hier, wo die Unternehmer gegen die Verbindlichkeitserklärung waren, da fügte sich sofort der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister. Jetzt ist ein neuer Schiedsspruch gefällt, der noch eine Verschlechterung des ersten bedeutet. Es ist ganz klar, daß, selbst wenn die Unternehmer diesen Schiedsspruch anerkennen, und den Lohn zahlen würden, dann auch eine Senkung des Reallohnes der Textilarbeiter eintreten würde. Denn durch die beschlossenen Zollgesetze im Reichstag tritt eine Lebensmittelverteuerung ein, die weit über das hinausgeht, was hier in dem Schiedsspruch als Lohnerhöhung zugebilligt wird.

Die Reformisten als Verbündete des Unternehmertums

In diesem schweren Kampf aber, den die Textilarbeiterschaft in Schlesien durchkämpft, hat das Unternehmertum einen sehr guten Verbündeten. Dieser Verbündete ist die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Diese reformistische Gewerkschaftsbürokratie hat einem Schiedsspruch zugestimmt, der auf zwei Jahre die schlesischen Textilarbeiter mit 4,8 Pfg. Lohnerhöhung abfinden will. Aber diese Gewerkschaftsbürokratie tut alles, um die Arbeiter in ihren Kämpfen zu hindern. So gibt sie einer ganzen Reihe von Arbeitern die Erlaubnis, selbst während der Aussperrung zu arbeiten, damit die Unternehmer, die auf Lager gearbeitet haben, jetzt, während der Aussperrung, ihre auf Lager gearbeiteten Waren absetzen und verschicken können. Dazu gibt die Gewerkschaftsbürokratie ihr Einverständnis; und als die Arbeiter durch aktive Streikbruchabwehr die streikbrecherischen Elemente von der Arbeit abhalten wollten, da trat die Polizei auf den Plan. Wir haben in Langenbielau zu verzeichnen, daß es den ausgesperrten Textilarbeitern, die die Streikbrecher von der Arbeit abhalten wollen, durch die Polizei verboten ist, durch drohende Gesten oder ein verächtliches Mienenspiel andere Arbeitswillige zu bedrohen.

Im Hauptausschuß wurde unser Antrag, der fordert, daß während der Aussperrung **die Arbeitslosen, rückwirkend ab 25. Mai, eine Unterstützung in Höhe der Erwerbslosensätze bekommen, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.** Dagegen wurde ein Antrag mit demselben Stimmenverhältnis angenommen, der nicht eine Unterstützung der Textilarbeiter, sondern der Textilindustriellen bedeutet. Wenn schon dieses Parlament, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie eine Hilfe für die schlesischen Textilarbeiter ablehnen, so werden die Kommunisten **die gesamte Arbeiterschaft zur Solidarität mit den kämpfenden schlesischen Textilarbeitern aufrufen.** Diese Solidaritätsaktion hat schon eingesetzt. Trotzdem fordern wir Kommunisten im Preußischen Landtag, daß vom Staat die Textilarbeiter unterstützt werden. Wenn jetzt die Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen sagen, wir können einem solchen Antrag nicht zustimmen, so erinnere ich daran, daß der Herr Hilferding auf dem Magdeburger Parteitag erklärt hat, daß die Unterstützung der Ruhrausgesperrten durch die Reichsregierung von der sozialdemokratischen Parteiorganisation nicht genügend ausgenutzt worden sei, das sei ein großer politischer Fehler.

Die Lehren für die Textilarbeiter

Die Lehre, die die Textilarbeiter Schlesiens daraus ziehen müssen und ziehen werden, besteht darin, daß sie, wenn sie erfolgreiche Kämpfe führen wollen, **diese reformistische Bürokratie beseitigen und sich selbst die Organe wählen müssen, mit denen der Kampf geführt wird.** Wenn die schlesischen Textilarbeiter diesmal eine Niederlage erleiden sollten, werden sie daraus die eine Lehre ziehen, daß sie sich von der Sozialdemokratie trennen und sich unter die Führung der Kommunistischen Partei stellen. Der Schiedsspruch, der jetzt gefällt worden ist, bedeutet, daß das Hungerdasein der schlesischen Textilarbeiter um zwei Jahre verlängert wird. Es hat eine Zeit gegeben, da beschränkten sich die schlesischen Weber darauf, hinauszuziehen, und die Villen der Dreißiger oder besser gesagt der Zwanziger, zu stürmen. Es wird eine Zeit kommen, wo sich die schlesischen Textilarbeiter nicht darauf beschränken werden, die Villa eines Unternehmers zu stürmen, sondern wo sie unter Führung der Kommunistischen Partei dieses Ausbeutersystem des Kapitalismus stürzen, indem sie unter der Führung der KPD. eine Revolution durchführen. Dann werden die elendesten Schichten mit in vorderster Linie stehen und werden es denjenigen heimzahlen, die heute das Hungerdasein der Textilproleten verlängern wollen — und das sind die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie. Das werden wir den schlesischen Textilarbeitern klarmachen, und wir sind überzeugt, sie werden sich von den Unternehmerknechten der bürgerlichen Parteien, und von den Arbeiterverrätern der SPD. abwenden und sich der KPD. anschließen.

Das Reichskommissariat als Geldgeber Siewerts

Verteidigung hetzt gegen Sowjetunion und Komintern

Trotzdem der Sonnabend vom Urlaub zurückgekehrte Erste Staatsanwalt Köhler sich bemühte, alle unbequemen, die Zustände bei den deutschen Behörden kennzeichnenden Fragen zu unterbinden, mußte Oberregierungsrat Mühleisen vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung in der Sonnabendverhandlung zugeben, daß er nicht nur seit Jahren mit Sievert zusammenarbeitete, sondern auch große Summen an dessen Büro geleitet hat.

Schon zu Beginn der Sonnabendverhandlung ließ die Staatsanwaltschaft merken, was sie anstrebt. Der Erste Staatsanwalt erklärt zwar, daß es nichts zu vertuschen gebe; es dürften aber doch nur unbedingt zur Sache gehörige Fragen gestellt werden.

Lügen gegen die Sowjetbotschaft

Rechtsanwalt Dr. Fuchs krönte seine Verteidigertätigkeit mit einem unerhörten Angriff gegen die Sowjetbotschaft: Der von der Verteidigung geladene Sachverständige Voß sei von dem bei Gericht anwesenden Vertreter der russischen Botschaft bedroht worden. Man habe ihm erklärt: Fällt dein Gutachten für die Sowjetregierung ungünstig aus, dann wird die Sowjetregierung dies als Kriegserklärung betrachten!" — In maßlos scharfen Worten legt Fuchs Verwahrung gegen das „Hineintragen bolschewistischen Terrors in einen deutschen Gerichtssaal" ein. Allgemeines Erstaunen, dies am stärksten vielleicht bei dem russischen Vertreter, der den Sachverständigen während des Prozesses nie gesprochen hat.

Nach der Mittagspause äußerte sich Voß vor Erstattung seines Gutachtens über diesen sensationellen Vorgang. Den Pressechef der Botschaft habe er vor Beginn des Prozesses in der Botschaft selbst aufgesucht, um ihn um Material zum Orloff-Prozeß zu bitten. Er muß zugeben, daß das Wort „Kriegserklärung" nie gefallen ist, behauptet jedoch, daß der Pressechef versucht habe, auf ihn einen Gewissensdruck auszuüben. Der russische Vertreter lehnte es auf Aufforderung hin ab, sich hier zu äußern, da er dazu die Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde haben müsse.

Blitzlichter in den Fälschersumpf

Das von Voß dann erstattete Gutachten fiel allerdings wesentlich anders aus, als die Verteidigung es wohl erwartet hatte; denn Voß kann eben nicht an erwiesenen Tatsachen vorbeigehen. Durch die Tätigkeit der Fälscher ist seiner Ansicht nach der Sowjetregierung großer Schaden entstanden. Die weit verbreiteten Fälscherorganisationen bedeuteten einen wahren Krebsschaden. Ihr Umfang sei viel größer, als man annehme. Seit Jahren werden die westlichen Länder von einer wahren Flut falscher Dokumente überschwemmt. Dadurch aber, daß Behörden sich derartiger Informationen bedienen, werde riesiger Schaden angerichtet. Das hätte man in England beobachten können, wo der falsche Sinowjew-Brief zu politischen Handlungen die Unterlage gegeben habe.

Der Sachverständige hält die meisten dieser Dokumente für gefälscht. Auch die von den Fälschern verbreiteten Informationen seien nicht anders zu werten, denn die Quellen, aus denen sie fließen, seien zu trübe! Daß diese falschen Dokumente immer wieder verwendet werden, sei ein unerträglicher Zustand. Der Prozeß habe ergeben, daß amtliche Stellen solche Geheimbüros benutzt, bei ihnen sogar Dokumente sozusagen bestellt hätten. Und es kam dann immer so, daß für ein Thema, über das man Material haben wollte, plötzlich das gewünschte Dokument auftauchte und gekauft werden konnte. Dann gibt es alle Unterschriften, Stempel und Briefköpfe, die nötig sind! Dieser Prozeß würde wenigstens etwas Gutes haben, wenn nunmehr der Glaube an Geheimdokumente erschüttert wäre.

Was Sievert angeht, ist Voß der Meinung, daß dieser zumindest als viel zu leichtgläubig erscheint. Die Fragwürdigkeit des von ihm weitergeleiteten Materials hätte er erkennen müssen. Die Trillesser-Briefe seien alle falsch.

Rechtsanwalt Dr. Jaffé: **„Stellt die Komintern nicht selber gefälschtes Material her, um es ihren Gegnern dann in die Hand zu spielen?"**

Sachverständiger Dr. Voß: „Das halte ich für vollkommen ausgeschlossen! Mit so groben und plumpen Mitteln arbeitet die Komintern nicht!"

Der Mann ohne Gedächtnis

Oberregierungsrat Mühleisen hat von Severing Aussagegenehmigung bekommen, allerdings nur so weit, wie die Fragen sich auf seine Tätigkeit im Reichskommissariat erstrecken. Seit 1924 steht er mit Sievert in Verbindung, seit Jahren schätzt er ihn als „zuverlässigen anständigen Menschen" (!). Und so konnte Sievert, selbst als er noch Russe war und noch nicht deutscher Staatsbürger, mit seiner Unterstützung die geheimsten Dinge des Reichskommissariats bearbeiten. Als man anläßlich der Verhaftung des Laursen-Ehrlich eine große kommunistische Spionageorganisation witterte, durfte Sievert die geheimen Ermittlungen übernehmen. Bei der Gelegenheit brachte er auch gleich wieder einen Posten Trillesser-Briefe an den Mann. Im Laufe der Zeit landeten 28 dieser Dokumente bei Mühleisen.

15 000 Mark deutsche Steuergelder steckte Sievert dafür ein.

Pawlonowski und Orloff genießen bei Mühleisen kein großes Ansehen. Dafür hat schon Sievert gesorgt, der die Konkurrenz wadig machte.

Als aber die Verteidigung Tatsachen von ihm wissen will, kann der Zeuge sich entweder an nichts erinnern oder er darf darüber nicht aussagen. Er weiß nicht, wieviel Geld Sievert regelmäßig für sein Büro bekommen hat, er kann sich nicht erinnern, ob das Staatskommissariat ihn vor Sievert gewarnt habe; von einer geplanten Ausweisung seines Lieblingsagenten ist ihm nichts bekannt. Und wenn die Frage kitzlig wird und man wissen will, wieviel Sievert im ganzen vom Amt bekommen hat, dann springt die Staatsanwaltschaft helfend ein. Und immer das Ende: Sievert ist ein ehrenwerter Mann! — Auf jeden Fall kann er begeistert zugeben, daß die Trillesser-Briefe die besten Fälschungen waren, die er je gesehen hat!

Unangenehme Frage der Verteidigung: „Hat Pawlonowski nicht schon vor einem Jahr dem Referenten Polizeirat Gauer mitgeteilt, daß Orloff ein Dokumentenfälscher ist? — Mühleisen weiß wieder einmal nichts. Also wird man vielleicht Gauer hören müssen.

Am Mittwoch, dem 10. Juli, wird die Verhandlung fortgesetzt werden. Dann sollen die restlichen Zeugen, Regierungsrat Bartels, der Russe Gumanski und die Polizeizeugen Braschwitz und Heller gehört werden.

Genosse Hirsch freigelassen

Das Hochverratsverfahren gegen ihn ist zusammengebrochen
Neue Schikanen gegen „Rote Fahne"-Redakteure.

Nachdem im Haftprüfungstermin des Genossen Werner Hirsch am vergangenen Sonnabend noch ohne jede Begründung die Aufhebung des Haftbefehls eröffnet und seine Freilassung vollzogen. Es hat sich herausgestellt, daß das ganze Hochverratsverfahren voraussichtlich zusammenbrechen wird, da dieselben angeblichen Straftaten bereits im Mai-Prozeß gegen die „Rote Fahne" seitens des Berliner erweiterten Schöffengerichts unter einem ganz anderen juristischen Gesichtspunkt abgeurteilt worden sind. Daß wegen der gleichen Sache das Reichsgericht und die Reichsanwaltschaft in engster Zusammenarbeit mit der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums ein Hochverratsverfahren einleitete, zeigt nur die krasse Willkür der Klassenjustiz gegenüber Kommunisten.

Warum mußten erst 14 Tage verstreichen, bevor eine solche selbstverständliche Maßnahme erfolgte?

Noch niemals wurden im politischen Verfahren wegen Pressedelikte solche Methoden angewandt.

Den Fällen Hirsch und Slang reiht sich ein dritter Fall an: Am Sonnabend früh wurde der Redakteur Genosse Albert Norden in seiner Wohnung von der Polizei verhaftet und dem Untersuchungsrichter in Moabit vorgeführt. Dort wurde dem Genossen Norden eröffnet, daß er wegen Nichtbefolgung einer Ladung festgenommen worden sei, obwohl er sich wegen seines Fernbleibens von Berlin vorher schriftlich entschuldigt hatte.

Der Betrug an den Akkordarbeitern in der Textilindustrie

Der im Ministerium des Sozialdemokraten Wissell gefällte Schiedsspruch lautet in Ziffer 2 wie folgt:

Es kommen in Wegfall im bisherigen Lohntarifvertrag
für Reichenbach § 5 Absatz g
für Breslau Gruppe 3, Ziffer 5, Absatz 5 b,
für Landeshut Absatz 5 der protokollarischen Erklärung vom 18. Mai 1922 (siehe am Schlusse des bisherigen Lohntarifs).

Hierfür ist in die Lohntarifverträge sämtlicher Bezirksgruppen der nachfolgende Wortlaut einzufügen:

„Haben bei der künftigen Entwicklung die Akkorde aus anderer Ursache als wegen gesteigerter Arbeitsleistung des Arbeitnehmers, also insbesondere wegen Verbesserung des Materials, der Maschinen und der Arbeitsmethoden oder wegen groben Irrtums bei Aufstellung der Akkordsätze den tariflichen Satz wesentlich überschritten, so kann eine Regulierung gefordert werden. Der Arbeitgeber hat sich darüber mit der gesetzlichen Betriebsvertretung ins Einvernehmen zu setzen. In vorstehenden Fällen darf der Verdienst nicht unter dem Akkordrichtsatz plus 15 Prozent sinken.“

Dem Vorstehenden entgegenstehende Bestimmungen in den bisher gültig gewesenen Lohntarifverträgen sind ungültig.“

Worin besteht der Unterschied zwischen der früheren und der neuen Akkordbestimmung?

Nach der früheren Bestimmung wurden die im Tarif genau festgelegten Durchschnittsstundenverdienste zur Errechnung des Akkordsatzes genommen. In der neuen Formulierung fällt diese Bestimmung weg. Den Unternehmern wird also freie Hand gegeben, die

Akkordsätze nach eigenem Ermessen festzusetzen.

Darüber bekommt er das tarifliche Recht, die Akkordsätze sofort abzubauen, falls es sich herausstellt, daß der Arbeiter einige Pfennige mehr verdient., als es der Unternehmer für notwendig hält. Auf Grund der neuen Bestimmung wird es den Unternehmern ein Leichtes sein, unter Hinweis auf angebliche Verbesserung des Materials, auf Reorganisation der Arbeitsmethode die Akkordlöhne nach eigenem Gutdünken festzusetzen.

Nach der Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung des ersten Spruches schrieben die sozialdemokratischen Blätter, daß die Verbindlichkeit lediglich aus „formalen Gründen“ versagt wurde. Jetzt sieht jeder Textilarbeiter, was es mit diesen „formalen Gründen“ auf sich hat. Es ist nach einer Formulierung gesucht worden, die den Unternehmern freie Hand gibt, und gleichzeitig eine Fassung hat, die wie eine Verbesserung anmutet. Im Reichenbacher Tarif durfte z. B. die Ueberschreitung im früheren Tarif 12 Prozent betragen. In der neuen Fassung ist die Rede von 15 Prozent. Der Arbeiter wird leicht verleitet anzunehmen, daß er jetzt außer der drei- und vierprozentigen Erhöhung der Akkordstücksätze auch noch die Ueberschreitungszulage um drei Prozent einstecken kann. In Wirklichkeit ist das gerade Gegenteil der Fall.

Die in dem Wissellschen Schiedsspruch enthaltene Bestimmung über die Akkordarbeit gibt den Unternehmern die Möglichkeit, die Verdienste willkürlich festzusetzen und raubt dem Arbeiterrat die Möglichkeit, unter Berufung auf den Tarif, dagegen erfolgreich einzuschreiten.

Organisiert den Aufmarsch am 1. August! — Bildet Antikriegskomitees in den Betrieben!

Ausmisten!

Funktionäre im Gemeindearbeiterverband Breslau gegen Arbeiterinteressen

Die Breslauer Gemeindearbeiter stehen in einer Lohnbewegung. Dazu wurde in einer Funktionärkonferenz des Verbandes beschlossen, eine Forderung von 10 Pfennig für alle Lohngruppen aufzustellen. Auf Vorschlag der Opposition sollte diese Forderung als Mindestforderung gelten.

Die Verhandlungen mit dem Magistrat nahmen ihren Anfang. Bereits in der zweiten Verhandlung ließ der Gewerkschaftsangestellte Blank die von den Funktionären aufgestellte Forderung fallen. Nach längeren Verhandlungen machte der Breslauer Magistrat ein sogenanntes letztes Angebot. Danach sollen die Löhne ab sofort um 4 Pfennig und am 1. April um einen weiteren Pfennig erhöht werden. Der neue Tarif soll bis zum 30. September 1930 in Kraft bleiben. Nun war es wiederum Blank, der in der Funktionärversammlung am vergangenen Freitag zuredete, dieses Schandangebot anzunehmen. Selbstverständlich traten die oppositionellen Kollegen mit aller Entschiedenheit gegen diese Zumutung auf. Trotzdem hielt es eine schwache Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre für geboten, für Annahme zu stimmen.

Und die Arbeiter? Die Kollegen, die Woche für Woche ihren Verbandsbeitrag bezahlen? Ja, die Mitgliedschaft hat vorläufig nichts zu sagen. Sie wurde bei der Aufstellung der Lohnforderungen nicht gefragt und hatte auf den Gang der Verhandlungen keinerlei Einfluß. Erst nachträglich, nachdem das Abkommen mit dem Magistrat so gut wie abgeschlossen ist, nachdem die sozialdemokratischen Funktionäre dem Abkommen zugestimmt haben, sollen auch die Mitglieder pro forma in einer am heutigen Dienstag stattfindenden Verbandsversammlung befragt werden.

Kollegen, habt ihr jemanden beauftragt, die 10-Pfennig-Forderung fallen zu lassen? Habt ihr irgendeinem Funktionär Vollmacht erteilt, dem Schandangebot zuzustimmen? Nein! Ziehet die Funktionäre, die ohne euch zu befragen Beschlüsse fassen, zur Verantwortung! Lehnt das Magistratsangebot ab! Denkt an die bevorstehende Teurung! Organisiert den Kampf für die aufgestellte Forderung bei kurzfristigem Tarif!

Gaukonferenz der Zimmerer in Breslau

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)

Am letzten Sonntag hielten die Zimmerer Schlesiens ihre Gaukonferenz im Breslauer Gewerkschaftshaus ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Werbearbeit des Verbandes, 2. Situationsbericht des Gaues, 3. Tarifvertrag. Vom Hauptvorstand war Schuhmann anwesend, der in seinem zweistündigen Referat, nichts Neues sagte. Besonders gab er sich Mühe, als er die „ungeheueren Erfolge“ aufzeigte, die in der Reichsverfassung liegen. Es könnte nach Meinung Schuhmanns alles nach dem Willen der Arbeiter geschehen, wenn die Proleten nur nicht zu dumm wären. Auch kann er heute noch nicht verstehen, daß die am 15. November 1918 ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft von den Gewerkschaftsmitgliedern so befehdet wurde. Schmerzhaft bedauerte er, daß trotz 10jährigen Bestehens der Republik noch nicht alle Gewerkschaftler von dem Wesen und Ziel der Wirtschaftsdemokratie durchdrungen sind. (Hier trage die Opposition die Schuld, betonte er.)

Die Ausführungen des Gauleiters Schmidt zum zweiten Punkt lauteten: der harte Winter sei schuld, daß von 9500 Kollegen etwa 4363 ohne Arbeit waren, und daß heute noch in Breslau von 1700 etwa 400 ohne Arbeit sind. An der Krisis sei die Reparationslast schuld. Die Gauversammlung verhandelte nach dem Motto: „Was unsere Führer tun, ist wohlgetan, was geht es dann noch andere an.“ Sie wurde von den Angestellten, etwa zehn an der Zahl, dirigiert. Die Diskussionsredner erhielten nur zehn Minuten Redezeit.

Die Ausführungen der oppositionellen Kameraden, Walter, Gleiwitz, und Prosle. E., Peisterwitz, zeigten die Aufgaben, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet vor der revolutionären Arbeiterschaft stehen. Kamerad Walter schilderte die Entwickelung des Verbandes seit dem Jahre 1918, und wies auf die Notwendigkeit hin, die Verbände wieder zu Klassenkampforganisationen umzugestalten. Der Kamerad Prosle sprach hauptsächlich zu der Frage der Betriebsvertretung und über das Erwerbslosenversicherungsgesetz. Das Schlußwort Schuhmanns und Schmidts war eine einzige Hetze gegen die oppositionellen Kameraden. Ueber den Tarifvertrag gab es angeblich wegen vorgerückter Zeit keine Diskussion. Schmidt bezeichnete den Bezirkstarif als „großen Fortschritt“; danach sollen überall Schlichtungs- und Tarifkommissionen ins Leben gerufen werden, die zur Aufgabe haben, **Arbeiterkämpfe abzuwürgen.** Die letzten fünf Minuten benutzte der Gauleiter Schmidt, um einen schweren Angriff gegen Ohlau und Peisterwitz zu richten. Der Kamerad Prosle, der dazu eine Erklärung abgeben wollte, erhielt nicht das Wort. Die Konferenz war ein Zeichen des Niederganges und ein Zeichen der Notwendigkeit, **mit allen Mitteln die Opposition zu unterstützen, wenn die Kollegen wieder vorwärts kommen wollen.**

Trotz alledem — es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Bürokratie zerschlägt den Bergarbeiterverband

Ein Bergarbeiter aus Beuthen, der bereits im Jahre 1912 der Sozialdemokratie und dem Bergarbeiter-Verband beigetreten war, schreibt uns: Mein größtes Bestreben war es immer, den Bergarbeiter-Verband zu stärken. Es war uns in Beuthen gelungen, die von der SPD. auf 50 Mitglieder heruntergewirtschaftete Zahlstelle auf 900 Mann zu bringen; derselbe Fortschritt war auch in der Zahlstelle Roßberg zu verzeichnen. Der Sozialdemokratie paßte der wachsende Einfluß der Opposition nicht, sie versuchte durch die Unterkassierer, die Mitglieder gegen die oppositionellen Kameraden einzustellen, biß aber überall auf Granit. Bei den Wahlen druckte die SPD. auf Verbandskosten Flugblätter, trotzdem blieben die Kommunisten immer die Sieger. Auch bei der Aufstellung von Betriebsratslisten unterstützten die Kameraden nur die Opposition. Nun griff die Sozialdemokratie zur Spaltung und Zertrümmerung des Verbandes. Es hagelte mit Ausschlüssen. Unter dem 25. Mai wurde auch dem Kameraden Vinzent Schweda vom Hauptvorstand der Ausschluß mitgeteilt. Als Begründung wird das Eintreten für die oppositionelle Betriebsratsliste auf der Carsten-Zentrums-Grube angeführt. Dabei ist es dem Hauptvorstand gleichgültig, daß die bisherigen reformistischen Betriebsräte im Falle ihrer Wiederaufstellung zu einem Sieg der Christen und Gelben geführt hätten. Hatten doch die Christen bei der Betriebsratswahl 1927 nur 181 Stimmen, dagegen bei der diesjährigen Knappschaftswahl 756. Lediglich der Aufstellung der oppositionellen Liste ist es zu verdanken, daß die Zahl der christlichen Stimmen auf 270 gedrückt werden konnte. Die Opposition trug den Sieg davon. Sie stellt den ersten Vorsitzenden und einen weiteren freigestellten Betriebsrat. Die Reformisten sind abgemeldet. Zwar versuchen sie Hand in Hand mit der Verwaltung und den faschistischen Organisationen, die oppositionellen Betriebsräte zu stürzen. Doch die Bergarbeiter lassen mit sich nicht spielen. Sie haben die Beiträge gesperrt und verlangen die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in den Verband. Den Bürokraten im Hauptvorstand und in der Bezirksleitung des Verbandes ist es wohl gelungen, den Verband in Beuthen und Roßberg zu zerschlagen — **den Einfluß der Opposition werden sie aber nimmermehr zerstören können.**

Lohnsteuerbetrug an den Arbeitern erneut entlarvt

Der Fall der Lex Brüning

Der Reichsrat hat sich in seiner Donnerstagsitzung mit der Durchführung der sogenannten Lex Brüning des Lohnsteuer„senkungs“-gesetzes befaßt und einen Beschluß angenommen, der das ganze Betrugsspiel aufzeigt, das man in dieser Frage bisher mit den Arbeitern getrieben hat. Auf einen Antrag der Preußen-Regierung hat der Reichsrat **mit 37 gegen 29 Stimmen** die zweijährige Befristung des Gesetzes beschlossen.

Was ist der Sinn dieses Beschlusses?

Nach der bereits im Dezember 1927 verabschiedeten Lex Brüning sollten die Einnahmen aus der Lohnsteuer, die über den Betrag von 1300 Millionen Mark jährlich hinausgehen, dazu benutzt werden, die Lohnsteuer der Arbeiterschaft zu senken, respektive die von den Arbeitern zuviel gezahlten Steuern an diese zurückzuerstatten. Jahrelang haben die SPD.-Führer und die sozialdemokratische Presse die Arbeiterschaft mit der Zurückerstattung der Lohnsteuer getröstet. Unter Hinweis darauf wurde des öfteren die Zustimmung der SPD.-Führer zu den reaktionären Vorstößen der Trustbourgeoisie gegen die Sozialpolitik gedeckt. Besonders die reformistischen Gewerkschaftsführer wiesen auf die Vorteile der Lex Brüning hin, um ihre Zustimmung zu den Schandschiedssprüchen der Arbeiterschaft mundgerecht zu machen. Die Kommunisten aber haben schon stets sowohl bei den Beratungen der Lex Brüning im Reichstag als auch in ihrer Presse die Arbeiterschaft auf das Betrugsspiel aufmerksam gemacht, das mit diesem Gesetz von der Bourgeoisie und den SPD.-Führern getrieben wurde, um aus der Arbeiterschaft noch wie vor die ungeheuren Millionensummen der Lohnsteuer herauszupressen und die Bourgeoisie schonen zu können.

Vor einigen Monaten erfolgte im Reichstag die erste Entlarvung der Betrüger, indem beschlossen wurde, die Lex Brüning dahingehend abzuändern, daß die über 1300 Millionen eingehenden Mehreinnahmen dazu verwendet werden, daß davon 75 Millionen Mark der knappschaftlichen Pensionsversicherung überwiesen und der Rest für den Ausbau und die Erhaltung der materiellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung verwandt wird. Das sei, so begründete man den Beschluß, eine indirekte Lohnsteuersenkung respektive Zurückerstattung von Lohnsteuern an die Arbeiter. In Wirklichkeit war es ein unerhörter Betrug, den viele Arbeiter bis heute noch nicht begriffen haben, um so mehr, als die SPD.-Führer natürlich dieser Abänderung ihre Zustimmung gegeben haben. Dieselbe bedeutete, daß die Arbeiter außer den Beiträgen, die sie sowieso zur Invalidenversicherung bezahlen; außer den Beiträgen, die die Bergarbeiter für die knappschaftliche Pensionsversicherung bezahlen, nunmehr aus den zuviel gezahlten Lohnsteuern der Arbeiterschaft der Invaliden- und Knappschaftsversicherung obendrein Hunderte von Millionen zur „Erhaltung der materiellen Leistungsfähigkeit“ zugewiesen werden sollen. Während im allgemeinen außer den Arbeitern auch die Unternehmer ihren Teil zur Invaliden- und Knappschaftsversicherung beitragen müssen, wurden damit die Arbeiter verpflichtet, allein von ihren Groschen die Kassen der Invalidenversicherung aufzufüllen. Wie gesagt, ein unerhörter Betrug, der den Arbeitern von seiten der SPD.-Führer als „Lohnsteuersenkung“ serviert wurde.

Die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Betrügerei zeigte sich dann in den nächsten Monaten auch beim Abschluß zahlreicher Lohntarife durch die reformistischen Gewerkschaftsführer, vornehmlich im Bergbau; so brachte z. B. der Lohnschiedsspruch Ende April für die Ruhrbergarbeiter nur ein paar Bettelpfennige trotz der ungeheuer gesteigerten Millionengewinne der Grubenherren. Die reformistischen Bergarbeiterführer setzten die Annahme des Schandschiedsspruches durch mit dem Hinweis darauf, daß durch die Abänderung der Lex Brüning im Reichstage der Knappschaftspensionsversicherung 75 Millionen Mark überwiesen würden und dadurch den Bergarbeitern ein Teil der Knappschaftsbeiträge erlassen werde. Daß diesen Erlaß die Arbeiter bereits in Form der zuviel gezahlten Lohnsteuern entrichtet hatten, verschwiegen natürlich die Reformisten, weil sich sonst drastischer denn je ihr Verrat der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter entlarvt hätte.

Der Reichstag hatte beschlossen, daß die Lex Brüning in der abgeänderten Form fünf Jahre Geltung haben solle. Der Reichsrat beschloß bekanntlich die Begrenzung auf zwei Jahre. Man könnte zu der Meinung kommen, daß dies ein bestimmter Vorteil sei, aber das Gegenteil ist der Fall. Und charakteristisch, auch hier hat die Preußen-Regierung des Sozialdemokraten Braun mit der Durchsetzung ihres Antrages die Geschäfte der sozialen Reaktion besorgt. Dieser kommt es nämlich darauf an, daß die Lex Brüning überhaupt verschwindet, da die Trustbourgeoisie die Hunderte von Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer zu ganz anderen reaktionären Zwecken und vor allen Dingen zu ihren imperialistischen Kriegsrüstungen benutzen will.

Der Beschluß des Reichsrates auf Grund des Antrages der Preußen-Regierung hat diesen Absichten der Trustbourgeoisie den Weg geebnet. Es war der Auftakt zum Fall der Lex Brüning überhaupt. Die SPD.-Führer werden das Betrugsspiel, das sie bisher mit diesem Steckenpferd betrieben haben, auch in Zukunft fortsetzen.

Die Arbeiterschaft muß es besser als bisher durchschauen und im gemeinsamen Kampfe mit der KPD. und der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften den Betrügern ihr Handwerk legen.

Helft den Ausgesperrten — Sammelt für die IAH.

Breslau

Alle Partei-Funktionäre

heute nach dem Bergkeller, Kletschkaustrasse, zu einer sehr **wichtigen Sitzung**

Beginn 19.30 Uhr

Krach der Zeitungsverkäufer mit den „Neuesten Nachrichten"

Wie uns vom Reichsverband ambulanter Händler mitgeteilt wird, ist es in den letzten Tagen zu Auseinandersetzungen zwischen den Zeitungsverkäufern und der Verlagsleitung der „Breslauer Neuesten Nachrichten" gekommen. Den Händlern waren Scheine ausgehändigt worden, auf denen sie Namen und Wohnungen der ihnen bekannten Käufer der „B. N. N." aufschreiben sollten. Diese sollten dann durch Beauftragte des Verlages aufgesucht werden, um sie als Dauerabonnenten zu gewinnen. Das hätte bedeutet, daß der gewiß nicht leicht erarbeitete Verdienst der Händler noch mehr geschmälert würde. Deshalb gaben diese die Scheine nicht ab, worauf ihnen vom Geschäftsführer Raschke mitgeteilt wurde, daß sie dann einfach keine Zeitungen mehr bekämen. Derselben Meinung war der Verlagsdirektor Tugendhat, der sich noch zu dem klassisch schönen Satz aufschwang: „In seinem Betriebe könne er machen, was er wollte!"

Hoffentlich lernen aus diesen Vorfällen die Zeitungshändler, daß sie für die profitschluckenden Herren aus der Weidenstraße nur so lange gut genug sind, wie sie sich widerspruchslos alles gefallen lassen. Die Tugendhat u. Co. glauben eben, daß sich bei dem herrschenden Elend immer ein paar hungrige Erwerbslose finden, die bereit sind, sich mühsam ein paar Groschen durch den Verkauf des Verdummungspapiers von der Weidenstraße zu verdienen. Obwohl es sich jeder dreimal überlegen sollte, ob er dieses Blatt, das ein Feind der Werktätigen ist, in irgendeiner Weise unterstützen kann, sei es als Käufer oder Verkäufer.

Zwei Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not

Selbstmord durch Gasvergiftung beging am Sonntag die Zimmervermieterin T. D. in ihrer Wohnung auf der Sadowastraße. Der Grund zur Tat ist in wirtschaftlicher Notlage und längerer Krankheit zu suchen. — Am Sonntag beging die 54 Jahre alte Restaurateurin K. K. von der Agnesstraße Selbstmord durch Gasvergiftung. Auch hier war der Grund wirtschaftliche Not.

Das Volksfest der Genossenschaft

Anläßlich des Internationalen Genossenschaftstages feierte am Sonntag der hiesige Konsum- und Sparverein „Vorwärts" sein 20jähriges Bestehen durch Veranstaltung eines Volksfestes im Lunapark. Die Einleitung gab ein Umzug des Autofuhrparkes durch die Stadt, der, mit Attrappen und Inschriften dekoriert, die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung veranschaulichte. Den Charakter eines proletarischen Kampftages trug die Veranstaltung nicht. Die mitgeführten Inschriften waren durchweg auf den Ton eines werbenden Kaufmanns abgestimmt. Kein Protest gegen die alles verteuernde Steuer- und Zollpolitik der Koalitionsregierung, kein Hinweis auf die proletarische Solidarität in Wirtschaftskämpfen war zu finden, dafür Parolen wie: „Den Weg zum Wirtschaftsfrieden führt die Genossenschaft!" Also nicht Kampf den Kapitalshyänen, die die Wirtschaft beherrschen, sondern Frieden mit ihnen ist die Losung. Dieser Kurs führt nicht zur Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern bedeutet Unterordnung unter diese, er dient den proletarischen Klasseninteressen nicht, sondern gibt sie auf. Gegen diesen Kurs gilt es Front zu machen. Das Volksfest selbst war gut besucht, die Räumlichkeiten waren überfüllt; alles wurde programmäßig abgewickelt.

Praktische Solidarität

Die Arbeiter der Brikettfabrik Pawelt, Siebenhufener Straße, haben für die ausgesperrten Textilarbeiter 14,50 Mark gesammelt. Genossen, die Textilproleten, durch sieben Wochen Aussperrung ausgehungert, brauchen auch fernerhin eure Hilfe. Sammelt für sie, helft ihnen!

Kein Engel ist so rein

wie unsere braven SPDisten. Sie wollen an allen Schandtaten unschuldig sein. Gestern nennt die „Volkswacht" unsere Behauptung aus der Sonnabendnummer, wonach die Sozialdemokraten der Mithilfe an den neuen Zollerhöhungen beschuldigt wurden, einen „rüden Schwindel". Demgegenüber stellen wir fest: Die Sozialdemokraten haben die wichtigsten Ministerposten in der Koalitionsregierung inne. Ihr Hermann Müller ist Reichskanzler und als solcher für alle Maßnahmen der Gesamtregierung verantwortlich. Ohne die Zustimmung bzw. passive Duldung der sozialdemokratischen Minister hätte kein einziger Zoll erhöht, oder irgendeine Verteuerungsmaßnahme beschlossen werden können. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aber hat weder den Rücktritt ihrer Minister aus dem Zollräuberkabinett verlangt, noch auch den leisesten Versuch zur Anwendung der parlamentarischen Obstruktion gemacht. (Toni Sender hat nur gegen die Uebereilung und mangelnde Planmäßigkeit in den Wuchermaßnahmen polemisiert.) Außerhalb des Parlaments, in den großen Massen, hat die SPD. erst recht keinen Kampf geführt. Nicht umsonst haben die Kommunisten auf den Abgrund hingewiesen, der die Sozialdemokraten von 1879, als Bismarck im Schutze des Sozialistengesetzes die erste große Zollvorlage durchpeitschen ließ, von den Sozialimperialisten von 1929 trennt. Dabei waren die Zölle vor 50 Jahren, verglichen mit der heutigen Zollbelastung, geradezu lächerlich gering!

Aber mehr noch! Noch nie hat sich die vollkommene Grundsatzlosigkeit und politische Verlumpung der SPD. so schleierlos enthüllt, wie bei diesen Zolldebatten. Im Ausschuß haben die Sozialdemokraten z. B. für das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag, der den Mehlzoll um 50 Prozent erhöht, und für den Vermahlungszwang der Mühlen gestimmt. Der Gesetzentwurf zum letztgenannten Punkt war sogar von Georg Schmidt, Köpenick, dem sozialdemokratischen Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiterverbandes, namentlich mitunterschrieben! Auch bei der zweiten Lesung im Plenum haben die Sozialdemokraten noch einmal für diese Wuchergesetze gestimmt. Erst die Anprangerung in der kommunistischen Presse und der Protest in den eigenen Mitgliederkreisen, zusammen mit der Tatsache, daß eine ausreichende bürgerliche Mehrheit auf alle Fälle für den Zollwucher schon vorhanden war, veranlaßte die Parteiführung endlich bei der dritten Lesung, die Stimmabgabe gegen die Zollgesetze anzuordnen. Aus reiner Rechnungsträgerei also, und weil doch eine Mehrheit für den Zollwucher ganz sicher war, erlaubten sich die Sozialdemokraten zum Schluß die Gebärde einer loyalen Opposition. Es bleibt also dabei: Die Sozialdemokraten sind die Hehler des imperialistischen Zollraubs.

Der Gesundheitszustand der Breslauer Schulkinder

Breslau, 9. Juli.

Das Presseamt gibt nachstehenden Auszug aus dem Jahresbericht des schulärztlichen Ueberwachungsdienstes, zu dem allgemein zu sagen wäre, daß er wohl doch etwas zu optimistisch die Dinge ansieht:

Die Zahl der im letzten Berichtsjahr vom schulärztlichen Dienst erfaßten Volks- und Hilfsschulkinder betrug 47 210 (24 468 Knaben und 22 742 Mädchen), die 52 Knaben-, 47 Mädchenschulen, 27 gemischte Schulen (darunter 12 Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder und eine Schwerhörigenschule) sowie vier Schulkindergärten besuchten. Jedes der neueingestellten Kinder (4417 Knaben und 4240 Mädchen) wurde einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. Noch immer waren die auf dem Ueberstehen der englischen Krankheit (Rachitis) beruhenden Veränderungen des Knochensystems in recht großer Zahl zu vermerken. In gleicher Weise wie die Lernanfänger wurden die nach Abschluß der Schulzeit die Volksschule verlassenden Kinder (2875 Knaben und 2867 Mädchen) untersucht. Alle übrigen Volksschulkinder wurden in den Klassen einer genauen Besichtigung unterzogen. Nähere Ergebnisse liegen von 30364 Kindern (16 191 Knaben und 14 173 Mädchen) vor, deren Allgemeinzustand in 34,3 v. H. der untersuchten Kinder al sgut, in 39,9 v. H. als mittelmäßig und 25,8 v. H. als schlecht zu bezeichnen war. Ein Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres (24,3 v. H. gut, 39,9 v. H. mittelmäßig, 35,8 v. H. schlecht) zeigt — die Verläßlichkeit der Zahlen vorausgesetzt — gewiß eine Besserung des körperlichen Zustandes unserer Kinder.

Die krankheitsverdächtigen Kinder, die sogenannten Ueberwachungsschüler, deren Zahl 7075 (3454 Knaben, 3621 Mädchen) betrug, wurden von Zeit zu Zeit nachuntersucht. 4064 (2031 Knaben und 2033 Mädchen) wurden für einen Erholungsaufenthalt zur Unterbringung durch das Jugendamt vorgeschlagen. Dabei wird jetzt besonders darauf geachtet, daß vor der Verschickung in ein Landheim eine Sanierung des Gebisses durch die Schulzahnklinik erfolgt. Auch haben die Schulärzte angeregt, daß in Zukunft eine schulärztliche Nachuntersuchung der aus den Heimen zurückkehrenden Kinder erfolgen soll, um die Wirkung des Heimaufenthaltes festzustellen. Bezüglich der Unterbringung der Schulkinder in sogenannten Einzelstellen auf dem Lande, Bauernwirtschaften, Gütern usw., haben die Schulärzte das Jugendamt darauf aufmerksam gemacht, daß nach ihrer Ansicht ein weiterer Ausbau dieser nicht mehr zeitgemäßen Einrichtung nötig erscheint. Dagegen wird die Wiedereinführung der Ferienkolonien empfohlen. Zur Unterbringung durch den Verein für Kinderheilstätten wurden 997 Kinder (486 Knaben und 511 Mädchen) ausgesucht.

Der Bericht der Hilfsschulärzte beschäftigt sich mit den 1242 Hilfsschulkindern (683 Knaben und 559 Mädchen) die immer noch die Anzeichen der gegenüber den „Friedenskindern" verschlechterten Konstitution tragen. Jedoch finden sich unter den Neuaufnahmen weniger schwer Abnorme als bisher.

Der Schul-Augenarzt berichtet über 1116 Schulkinder (519 Knaben, 597 Mädchen), die die Fürsorge-Sprechstunde für augenkranke Schulkinder besucht haben, sowie über die augenärztlichen Besuche in den Schulen. Die Kinder mit Brechungsfehlern der Augen konnten in gesteigertem Ausmaße einer Brillenverordnung zugeführt werden, und die verordneten Brillen wurden mehr und mehr auch getragen. Bemängelt wird das Fehlen einer sachgemäßen Beschulung der Sehschwachen, was sich auch bei der späteren Berufswahl und in der Blindenfürsorge bemerkbar macht.

Zum ersten Male ist dem schulärztlichen Bericht ein Bericht der Schulpflegerinnen beigegeben, der über die Tätigkeit der Schulpflegerinnen Auskunft gibt.

Sonntag, den 14. Juli,
im Etablissement „Paradies" in Oswitz.

Grosses Sommerfest

Programmfolge: *Gartenkonzert*, ausgeführt vom Musikverein „Harmonie", Breslau. — *Die „Roten Blitze"* spielen in ihrer neuesten politischen Revue: *„So seh'n sie aus!"* — Kinder-Belustigungen aller Art (Fackelzug). — Preisschießen und Glücksrad. — Verlosung. — *Im Saale Tanz.* — Beginn 15 Uhr. Eintritt 20 Pfennig. — Reingewinn ist zugunsten der Kinderheime der RHD. bestimmt

Frauenversammlung

des Stadtteils Süd, Mittwoch, 20 Uhr, bei Funke, Zobtenstraße 12. Alle Leserinnen erscheinen und bringen Sympathisierende mit!

Gründung einer Jugendverbandsgruppe Ost. Die am Freitag einberufene Gründungsversammlung der Gruppe Ost war befriedigend besucht. Die für die Jugendlichen zugeschnittenen Ausführungen wurden von reger Diskussion begleitet. Einige Rezitationen und Lieder beschlossen die Gründungsversammlung. Es wurden zwölf Aufnahmen getätigt. Dazu kommen noch die bereits vorhandenen Mitglieder im Osten, die bis dato abseits standen. Ein Genosse machte den Vorschlag, nach Beendigung noch geschlossen zu der am gleichen Abend stattgefundenen Sitzung der Partei zu gehen. Der Vorschlag wurde von allen Jugendlichen, die sämtlich Mitglieder des KJV. werden wollen, angenommen. Dortselbst wurden wir mit einigen Worten des Leiters begrüßt.

Ein Schwindler, der sich des Namens Zolloberfekretär Alfred Hentschel bedient und in Berlin-Weißensee, Langestraße 12a, wohnen will, hat in Breslau und in der Provinz verschiedene Personen aufgesucht und ihnen Grüße von in Berlin wohnenden Angehörigen überbracht. Hierbei versteht er es, in geschickter Weise Darlehen zu erhalten, die er alsbald aus Berlin zurückfenden will.

Unbekannte Tote. Am Sonnabend ist in einem hiesigen Hotel eine unbekannte weibliche Person verstorben. Die Unbekannte ist etwa 40 Jahre alt, starke Figur, 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes langes Haar, blaue Augen, volles Gesicht. Sie hat sich im Fremdenbuch unter dem Namen Maria Eipenfeld, geboren 13. 11. 1896 zu Tilsit, in Tilsit, Gartenstraße 10, wohnhaft, eingetragen. Diese Angaben sind unrichtig. Angaben über die Persönlichkeit der Toten erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 347, Eichbornstraße.

Vermißt wird der Mechanikerlehrling Gerhard Hermann, geboren 16. 5. 1912 in Bischofswalde, Hindenburgstraße 4 wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, hellblondes Haar gebräuntes Gesicht.

Scheunenbrand. In der Nacht zu gestern, um 1,51 Uhr, wurde die Landspritze nach Oltaschin zu einem Scheunenbrande gerufen. Es brannten etwa 2000 Zentner Stroh. Außer der Breslauer Landspritze waren noch die freiwilligen Feuerwehren der Umgegend erschienen.

Wegen Sperrung der Oppelauer Chaussee wird der Verkehr nach dem Krematorium von Mittwoch ab über den Leedeborn-Trift umgeleitet.

Das Kreis-Jubiläum findet am 13. Oktober in der Breslauer Jahrhunderthalle in Form eines Hallensportfestes statt.

Freie Sportvereinigung 1897. Dienstag, 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Melzig, Burgstraße. — Schüler- und Schülerinnen-Abteilung: Donnerstag Tageswanderung. Sonnabend, 20 Uhr, Monatsversammlung der Abt. 97/02 bei Klante.

Freie Sportfreunde. Die Vereinsabende finden wieder wöchentlich Freitag, 20 Uhr, bei Heinetzke statt. Sonntag, den 4. August, Generalversammlung. Anträge sind bis 20. Juli beim Vorstand einzureichen. Karten von der Dampferfahrt sind Freitag, den 12. Juli, abzurechnen.

Mittelschlesien

Ein „hoher" Betrüger erschießt sich

Großes Aufsehen erregte die Nachricht, daß der Vorsteher des Münsterberger Finanzamtes, Regierungsrat Burkert, sich in Liegnitz bei seiner Mutter erschossen hat. Verfehlungen, über die ein Verfahren schwebten, sind der Anlaß zu dem Selbstmord.

Strehlen. Zobtenfahrer. Sonntag, 14. Juli, unternimmt die Ortsgruppe Strehlen der KPD. eine Autofahrt nach dem Zobten. Alle Zeitungsleser und Sympathisierenden können sich daran beteiligen. Abfahrt 7 Uhr vom Reitplatz. Das Fahrgeld beträgt 1,50 Mark und ist bis Sonnabend an den Genossen Fritz Duschel zu entrichten.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Oels. Donnerstag, 19.30 Uhr, außerordentliche wichtige Parteiversammlung. Ein Vertreter der BL. ist anwesend. Lokal wird noch bekanntgegeben. Alles muß pünktlich erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Gruppe Lenin (Süd). Mittwoch, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Berger, Sedan-, Ecke Neudorfstraße. Vorbereitung zur UBK.
— „Die Roten Blitze". Mittwoch, 20 Uhr, Probe, Messergasse.
Görlitz. Dienstag im Heim, Jüdenring, für beide Gruppen Jugendabend.
Freiburg. Mittwoch trifft sich alles um 18½ Uhr an der Adlerbrücke zum Heimabend. Liederbücher mitbringen.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Die Teilnehmer an der Viertagestour treffen sich am Mittwoch, dem 10. Juli, pünktlich 18 Uhr, bei Wagner, Messergasse 34.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau
— Heute, pünktlich 20 Uhr, wichtige Versammlung im „Roten Löwen".

Sonstige Organisationen

Breslau
— Arbeiterschützen. Dienstag, von 20—22 Uhr, Uebungsschießen bei Reimann, Neue Antonienstraße 2. — Donnerstag, von 16—19 Uhr, Kleinkaliberschießen im Schießwerder.
— Gesangschor „Eos". Mittwoch, 20 Uhr, im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.
— Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Dienstag, 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Genossin Köhler, Gartenstraße 91.

Creme Leodor

Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:

Bei Sonnenbrand ist Creme Leodor ein wundervoll kühlendes Mittel gegen schmerzhaftes Brennen der Haut.

Bei Insektenstichen verhindert Creme Leodor, dick aufgestrichen, schmerzhaftes Anschwellen und Juckreiz.

Als Puderunterlage leistet Creme Leodor mit ihrem dezenten Veilchengeruch vorzügliche Dienste.

Bei roten Händen und unschöner Hautfarbe verleiht die schneeweiße Creme Leodor den Händen und dem Gesicht jenen matten Teint, wie er der vornehmen Dame erwünscht ist.

Tube 60 Pf. und 1.— Mk., die dazugehörige Leodor-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Massen-Kundgebung der revolutionären Breslauer Arbeiterschaft

Freitag, 20 Uhr, im Schießwerder

Der Genosse Schulz-Neukölln, der „Rundfunk-Attentäter" spricht!

Waldenburger Bergland

Achtung, Spitzel!

Die KPD., Unterbezirksleitung Schweidnitz-Striegau, schreibt: Wir warnen vor einem „Arbeiter" Erich Schumann, wohnhaft in Schweidnitz, Kletschkauer Straße. Er wurde schon vor drei Jahren als Spitzel des Stahlhelms in Schweidnitz erkannt und in hohem Bogen aus der Partei hinausgeworfen. Schumann versuchte in diesem Jahre, im Februar und März, wieder in den RFB. hineinzukommen, wurde aber nicht aufgenommen. Gegenwärtig „reist" er als Kleinhändler mit Schnittwaren und Schnürsenkeln im Unterbezirk herum und versucht dabei stets mit Parteigenossen ins Gespräch zu kommen. Er beruft sich dabei auf seine „Mitgliedschaft" und scheinbare genaue Angabe der Schweidnitzer Funktionäre. Fest steht, daß Schumann heute noch dem Stahlhelm angehört. Genossen, Ortsgruppen, Augen auf! Schumann ist 1,60 groß und von schlanker Gestalt. Gesicht länglich, Haare dunkelblond, Alter 27 Jahre.

Kirche erhebt dreifache Gebühr

A. K. Die Frau eines Arbeiters aus Dittersbach kam im achten Monat der Schwangerschaft nieder. Das Kind war tot. Der Arbeiter meldete die Geburt an und ließ sich zugleich einen Totenschein ausstellen. Somit war er gezwungen, die Frühgeburt bestatten zu lassen. Einen Sarg bestellte der Arbeiter nicht. Der Totengräber sagte dem Arbeiter, daß er kein Grab und Nummernstein zu beanspruchen habe, weil die Frühgeburt nicht in einem Sarge lag. Sie müsse in ein anderes Grab mit versenkt werden. Einige Zeit nach der Beerdigung erhielt der Arbeiter von der evangelischen Kirche (die Frühgeburt wurde auf dem evangelischen Friedhof begraben) folgende Rechnung:

Dittersbach, den 2. Juli 1929.

Nr. 171 des Gebührenregisters sind an die hiesige Kirchenkasse an Gebühren für Klasse I zu zahlen, für ein stilles Begräbnis (dreifache Gebühr):

Grabstelle und Nummerstein	Summa	4,50 M.
Totengräber-Gebühren	Summa	11,50 M.
Materialabnutzung	Summa	2,00 M.
Wassergeld	Summa	0,50 M.
		18,50 M.

Der evangelische Gemeinde-Kirchenrat.

•

Wir erlauben uns einige Fragen: Weshalb werden dem Arbeiter 4,50 Mark für Grabstelle und Nummernstein in Rechnung gestellt, da er doch nach Angabe des Totengräbers darauf keinen Anspruch hatte? Weshalb zwei Mark für Materialabnutzung, da doch die Frühgeburt mit in ein anderes Grab versenkt wurde? Sind die 11,50 Mark Totengrabergebühren an den Totengräber gegeben worden? Ist es in der Ordnung, daß ein aus der Kirche Ausgetretener in der Arbeitergemeinde Dittersbach dreifache Kirchhofsgebühren zahlen muß, nur, weil die Sozialdemokratie es ablehnt, einen Kommunalfriedhof zu schaffen? Vielleicht beantworten uns die zuständigen Stellen einmal diese Fragen. Arbeiter, heraus aus der Kirche und unterstützt die Kommunisten, die schon seit langem einen Kommunalfriedhof fordern.

Oberes Revier

Lichtbildervortrag

Vorige Woche fand hier ein Lichtbildervortrag der Roten Hilfe, der von etwa 100 Personen besucht war, statt. Gezeigt wurde das Verhalten der Polizei vor 20—30 Jahren und ihre Tätigkeit am 1. Mai in Berlin. Der Unterschied von einst und jetzt trat augenfällig in Erscheinung. Mit einer Tellersammlung für die Maiopfer und einigen Neuaufnahmen für die Rote Hilfe fand die Veranstaltung ihr Ende.

Schweidnitz

Ein nobler Hochzeitsgast.

Eine arge Enttäuschung mußte ein Bräutigam erleben, der am Sonnabend in den Stand der Ehe trat. Als die Feier schon ziemlich weit fortgeschritten war, vermißte der Bräutigam plötzlich seine Brieftasche mit dem Inhalt von 460 Mark. Der Dieb wurde in der Person eines Hochzeitsgastes ermittelt. Das gestohlene Geld hatte er zum größten Teil seiner Frau übergeben. 341 Mark konnten noch sichergestellt werden. Von dem anderen Teil des Geldes hatte der Dieb das Hochzeitsgeschenk für die Braut entnommen und den Rest in verschiedenen Lokalen vertrunken.

Hilfe für die Textilarbeiter

Kinder werden zur Erholung weggeschickt

Während des Aussperrungskampfes in der schlesischen Textilindustrie haben viele Arbeiter und Arbeiterinnen am eigenen Leibe die hilfreiche Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH.) gespürt. Alle Textilarbeiter lagen auf der Straße, etwa 55 000 waren ausgesperrt, etwa 10 000 wurden noch vor der Aussperrung entlassen. 60 Prozent dieser Proleten waren Frauen und Mädchen. Nur etwa die Hälfte war organisiert. Viele waren dem entsetzlichsten Elend preisgegeben. Die Anträge der Kommunistischen Partei in den Gemeindeparlamenten und im Preußischen Landtage auf Zahlung einer Unterstützung an alle Ausgesperrten, wurden mit Hilfe der Sozialdemokratie abgelehnt. Die von den einzelnen Wohlfahrtsämtern nur auf besonderen Antrag gewährte Unterstützung war provokatorisch gering, auch mußten sich die Empfänger verpflichten, nach Arbeitswiederaufnahme das erhaltene Geld an das Wohlfahrtsamt zurückzuzahlen, obwohl ihre Verdienste nicht einmal zum nackten Lebensunterhalt langen.

In dieser Situation griff die Internationale Arbeiterhilfe ein. Im gesamten Reiche gingen Sammler der IAH. treppauf und treppab und sammelten für die schlesischen Weber. Trotz der großen Schwierigkeiten (die Arbeiter hatten gerade für die Maiopfer der Zörgiebel-Polizei gesammelt), war es der IAH. in Schlesien möglich, allein bis zur vierten Woche der Aussperrung folgende Lebensmittelverteilungen vorzunehmen:

Ort	Pakete	Wert des Paketes	Summa
Landeshut	1132	1,65 Mk.	1867,80 Mk.
Sagan	541	1,55 „	838,55 „
Langenbielau	340	1,50 „	510,00 „
Grünberg	150	1,35 „	202,50 „
Reichhennersdorf	149	2,10 „	312,90 „
Lauban	161	1,50 „	241,50 „
Lieban	90	1,60 „	144,00 „
Bolkenhain	48	2,10 „	124,80 „
Gottesberg	130	1,80 „	234,00 „

Neben der Lebensmittelverteilung hat die IAH. Kinder ausgesperrter Textilarbeiter zur Erholung in die verschiedensten Orte gesandt. Bisher sind verschickt worden: Aus Langenbielau 30 Kinder nach Berlin, aus Gottesberg 10 Kinder nach Werneuchen (Berlin), aus Landeshut 22 Kinder nach Dresden, und aus Lauban und Grünberg je 10 Kinder nach Berlin.

Die IAH. ist nicht eine bürgerliche Wohltätigkeitsorganisation. Sie ist eine Organisation der internationalen Solidarität der Tat. Sie weiß, daß Hunger weh tut und so manchen Kämpfer zurück in den Betrieb jagt. Deshalb stellt sich die IAH. zur Aufgabe, durch eine großzügige Unterstützungsaktion bei Streiks und Aussperrungskämpfen mitzuhelfen, den Sieg über das Unternehmertum davonzutragen. In seinem ureigensten Interesse muß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin die IAH. unterstützen und Mitglied werden.

Werktätige, gebt zur Unterstützung des Textilarbeiterkampfes, denn ihr Kampf ist euer Kampf!

Niederschlesien

Görlitz

Wesentliches Steigen der Arbeitslosenziffer

In der Berichtswoche vom 1. Juli bis 6. Juli ist die Zahl der Arbeitsuchenden um weitere 400 Personen gestiegen. Wie das Arbeitsamt Görlitz berichtet, hat sich die Arbeitsmarktlage der Metallindustrie im Bekleidungsgewerbe weiterhin verschlechtert. Im Bezirk des Arbeitsamtes Görlitz waren 6899 (6871 in der Vorwoche), in der Stadt Görlitz 4118 (3747 in der Vorwoche) Arbeitsuchende vorhanden.

Das Spiel mit der Waffe. In Klein-Briesnitz hatte der Schuhmacher Schmidt beim Spielen mit einem Revolver seine Kusine durch einen Schuß schwer verletzt. Als das junge Mädchen blutüberströmt aus dem Zimmer lief, brachte sich der Täter selbst einen Schuß bei, an dessen Folgen er gestorben ist.

Niesky

Die erste Gemeindevertretersitzung im Sande verlaufen

Am letzten Donnerstag hielt die neue Gemeindevertretung ihre erste Sitzung ab. Der Saal von Schammer erwies sich als zu klein, um alle, die beiwohnen wollten, zu fassen; selbst die Polizei war verstärkt anwesend.

Mit dem üblichen Dank an die früheren Gemeindevertreter leitete der kommissarische Gemeindevorsteher die Sitzung ein. Nachdem die Vereidigung durch Handschlag und Kopfnicken mit der dazugehörigen Verbeugung beendet war, wurden die Einsprüche über die Gültigkeit der Wahlen behandelt. Die kommunistischen Gemeindevertreter Proske und Vesper erhoben Einspruch wegen Ungültigkeitserklärung einer Stimme; der Einspruch wurde zurückgezogen. Die Bürgerlichen fochten die ganze Wahl an, mit der Begründung, die Wahlumschläge waren durchsichtig, verschiedene Wähler konnten nicht wählen, da sie in der Wählerliste nicht verzeichnet waren, mehrere Stimmzettel sind unberechtigt für ungültig erklärt worden.

Bei den Bürgerlichen fehlen drei Stimmen zu einem weiteren Mandat, darum gehen sie mit den oben angeführten Sachen krebsen, um durch eine Neuwahl die erwünschte Mehrheit zu erlangen. Die ganzen Gründe sind überhaupt nicht stichhaltig genug, um die Wahl ungültig zu erklären. In der Aussprache hielten die Bürgerlichen ihren Einspruch aufrecht, Sozialdemokraten und Kommunisten sprachen dagegen.

Der Einspruch wurde mit den Stimmen der linken Mehrheit abgelehnt. Auf einmal erklärte der kommissarische Gemeindevorsteher Peter, daß er sich seiner Stimme enthalte. Er wollte es nicht mit beiden Parteien verderben. Da der kommissarische Gemeindevorstand nicht das Recht hat, sich an der Abstimmung zu beteiligen, setzte eine Diskussion ein, die begründete gesetzliche Erklärung forderte. Da der Herr Kommissar leider nicht in der Lage war, nachzuweisen, daß er berechtigt war, an der Abstimmung teilzunehmen, so standen unsere Genossen geschlossen mit der SPD.-Fraktion auf und machten dem Fortgang der Sitzung nach 23 Minuten ein Ende. Dadurch wurde die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt und die Sitzung geschlossen. Die Einheitslistler machten lange Gesichter.

Sagan

Ein robuster Hauswirt

Von einigen Mietern aus Sagan wird uns verspätet folgender Vorfall gemeldet:

Am 1. Juli 7 Uhr erschien vor unserer Wohnung ein Möbelwagen, um die Umquartierung zweier Familien zu bewerkstelligen. Unsere Wohnungen sollten wegen Umbau geräumt werden. Da wir nicht wußten wohin, räumten wir nicht; der Möbelwagen zog wieder ab. Nun gab der Hauswirt den Befehl, Dach und Schornstein abzubrechen, was bis Mittag geschehen war. Nachmittags zog ein Gewitter auf, ein Platzregen setzte ein; durch den starken Regen weichten die Lehmdecken auf und brachen zusammen. Die Wohnungen glichen einer Schuttabladestelle. Den Mietern blieb nichts anderes übrig, als die Flucht zu ergreifen. Die Hauswirtin sagte, wenn nur noch ein Gewitter kommen möchte, dann kommt die Gesellschaft wenigstens heraus. Der ganze Bau ist nun polizeilich gesperrt, die ehemaligen Mieter wohnen im Hotel. Kommentar überflüssig!

Haynau

Mehr Badegelegenheit

Das Baden an diesen und jenen Stellen ist verboten, lautet hin und wieder der Polizeibericht. Auch wir sind der Meinung, daß nicht überall gebadet werden darf. Die Flußbadeanstalt in Konradsdorf ist alles andere, nur keine Volksbadeanstalt; die Privatbadeanstalt des Landwirts Stockel in Michelsdorf kommt für die Haynauer Bevölkerung ebenfalls nicht in Frage. Nach Arbeitsschluß sehnt sich jeder nach einem Bade, darum her mit einem ausreichenden, gesunden Volksbade! Reicht es der Stadt zur Bewilligung von 1000 Mark zur Verfassungsfeier und zu diesem und jenem, dann muß es auch auf eine vernünftige Badegelegenheit langen. Solange diese nicht vorhanden, werden Polizeiverbote an dem jetzigen Zustand wenig ändern.

Liegnitz

Aus dem Liegnitzer Stadtparlament. Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor den Ferien hatte eine Reihe wichtiger Beschlüsse zu fassen. Da die Schulverhältnisse sehr eng geworden sind und viele „fliegende Klassen" vorhanden sind, ist der Ausbau der Dornbusch-Schule notwendig. Es wurden hierfür 304 000 Mark bewilligt. Die Durchführung des Wasserwerksbaues sieht im zweiten Abschnitt den Ausbau des Hochbehälters Siegeshöhe vor, der 204 000 Mark erfordert. Die geplante Automobilisierung der Straßenreinigung und der Müllabfuhr macht die Bereitstellung von über 100 000 Mark nötig. Diese Frage soll der Rechnungsprüfungsausschuß behandeln. Beschlossen wurde die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 750 000 Mark für verschiedene Zwecke (Bauten usw.). Für die Verbesserung der Feuersicherheit im Stadttheater wurden rund 6000 Mark bewilligt. Die nationalistischen Verbände heimattreuer Oberschlesier erhalten für ihren am 17. und 18. August hier stattfindenden Oberschlesiertag eine „Unterstützung" von 1000 Mark. Dem Verein „Handwerker-Erholungsheim" wurde eine laufende jährliche Unterstützung von 200 Mark bewilligt.

Glogau

Schwere Verkehrsunfälle. Am Sonntagabend wurden in Ingersleben bei Tschepplau zwei Motorradfahrer, der Bäckergeselle Alfred Milau und der Lehrling Karl Wozniłowsky aus Tschepplau, von einem Glogauer Auto erfaßt, so daß sie zu Fall kamen. Milau erlitt einen komplizierten Schienbeinbruch, W. einen schweren Schädelbruch. Beide wurden in bedenklichem Zustande ins Glogauer Krankenhaus eingeliefert. — In der Nacht zum Montag wurde auf der Chaussee Glogau—Gramschütz bei Priedemost der auf seinem Rad daherkommende Malermeister Babnitz aus Gramschütz von einem Motorrad zu Boden gerissen. Er erlitt einen Armbruch und schwere innere Verletzungen.

Werbt für die „Arbeiter-Zeitung"!

Das neue Programm

Dienstag, 9. Juli. 14.35: Kitty Seiffert erzählt eine Geschichte von Lucie Tresle: „Die Erlösung." ● 16.30: Unterhaltungskonzert des Funktrio. ● 18: Dr. Boehlich: Heimatkunde u. Heimatschutz. ● 18.30: Französisch für Fortgeschrittene. ● 18.55: Hedwig Fischer: Rosen von Paris. ● 19.25: Dr. Elfriede Brasch-Steinitz: Die kleinsten Feinde der Menschheit und ihre Entdecker. ● 19.50: Leop. Lehmann: Wo werden Deutschlands Staatsaufträge aufbewahrt? ● 20.15: Die Schwester. Als szenische Funknovelle bearbeitet von Herm. Kesser. ● 21: Klavierkonzert. Reger: Träume am Kamin. — Korngold: Aus der Musik zu „Viel Lärm um Nichts". — Wladigeroff: Aus „Impressionen" Op. 9. Ausf.: Franz Bollon. ● 21.30: Gleiwitz: Lieder. Aga Goretzki-Swoboda (Sopran). Franz: Auf geheimem Waldespfade; Drüben geht die Sonne scheiden; Trübe wird's, die Wolken jagen; Sonnenuntergang; Auf dem Teich, dem regungslosen. — Brahms: Himmel strahlt so helle und klar; Rote Rosenknospen; Brennessel steht am Wegesrand; Liebe Schwalbe, kleine Schwalbe. ● 22: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens.

Mittwoch, 10. Juli. 16: Jugendbücherstunde. ● 16.30: Unterhaltungskonzert des Funktrio. ● 18: Dr. Nettl: Abriß der tschechischen Musikgeschichte. Sprecher: Herb. Brunar. ● 19.25: Dr. Braun: Gedanken über den Weg der Menschheit. Sprecher: Peer Lhot. ● 19.50: Alex. Runge: Blick in die Zeit. ● 20.15: Abendunterhaltung im Garten. Eine sommerliche Hörfolge von Alex. Runge. Mitw. u. a.: Claire Raymund, Marianne Rub; Alice Weitzen, Helm. Hallendorf, H. Schalla, H. Viktor, das Funktrio. ● 22: Funkrechtlicher Briefkasten.

Ueberall erhältlich — Ueberall erhältlich

Quabis-Brot macht Wangen rot

Ueberall erhältlich — Ueberall erhältlich

Rechts- u. Steuerberatung
Renten-, Straf-, Ehesachen usw.
Rechtsauskünfte
Lohnsteuer-Erstattungsanträge für 1928
werden sachgemäß und billig erledigt
bei
Rudolf Dux
Waldenburg
Ring 2
(Eingang am Zeitungsstand)

Sie verdienen täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Pfänder-Auktion
Donnerstag
11. Juli 1929
Pfandleihhaus
Grundmann
Trebnitzer Str. 21

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Oberschlesien

Die Unwetterschäden vor dem Landtag

Wie wir bereits gestern meldeten, stand am Sonnabend im Preußischen Landtag der kommunistische Antrag auf Liquidierung der Unwetterschäden in Oberschlesien zur Beratung. Genosse Tunkel führte hierzu aus:

Vor ungefähr sechs Wochen ist über Oberschlesien eine Unwetterkatastrophe hereingebrochen, welche einige Kreise im Industriegebiet sowie ganz besonders die Kreise Leobschütz und Groß-Strehlitz betroffen hat. Wir Kommunisten haben uns im Gegensatz zu den übrigen Fraktionen des Landtags mit einem Antrage an den Landtag gewandt, den geschädigten Kleinbauern, kleinen Häuslern und Kleingewerbetreibenden schnellstens Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Weiterexistenz zu ermöglichen. Die übrigen Fraktionen haben sich mit kleinen Anfragen begnügt in denen sie anfragten, ob dem Staatsministerium die Vorkommnisse in Oberschlesien bekannt seien.

Im Hauptausschuß haben wir zu dem Urantrag der kommunistischen Fraktion Stellung genommen, der darauf hinweist, wie ungeheuer groß die Schäden sind. Ich will nur anführen, daß der Schaden, der durch Hagelschlag und weiter durch eine plötzliche Ueberschwemmung des kleinen Flusses Troia hervorgerufen ist, sich in einer einzigen Gemeinde, in Sauerwitz, Kreis Leobschütz, auf ungefähr 600 000 Mark beläuft. Dabei ist nicht allein der Frühjahrsanbau und damit die Ernte vernichtet, sondern den kleinen Bauern ist Vieh ertrunken, eine Reihe von Häusern ist eingestürzt, und der Verlust von Menschenleben ist zu beklagen. Wir haben im Hauptausschuß gesehen, wie sich die einzelnen Parteien und wie sich ganz besonders der Vertreter des Staatsministeriums dazu geäußert hat. Mit Stolz erklärte er, daß die wohllöbliche preußische Regierung nach reichlicher und schneller Prüfung der Sachlage in den betroffenen Gebieten die enorme Summe von 10 000 Mark zur Verfügung gestellt habe. Wo in einer Gemeinde 800 000 Mark Schaden entstanden ist, stellt man für die gesamten betroffenen Kreise 10 000 Mark zur Verfügung mit der Maßgabe, daß der Kreis und die Provinz sich mit derselben Summe beteiligen. So wollte man die enorme Notlage aus der Welt schaffen, in der sich die kleinen Bauern, die kleinen Häusler und Kleingewerbetreibenden sowie die Arbeiter infolge dieser Unwetterkatastrophe befinden.

Nun ist ja nicht zu bestreiten, daß dieses bürgerliche Parlament und daß alle Regierungen, ob Koalition oder wie sie genannt werden, nicht gewillt sind, den kleinen Leuten in solchen Fällen behilflich zu sein. Wir können nachweisen, daß die Schäden des vorigen Jahres noch nicht gedeckt sind, obwohl man den Leuten Versprechungen gemacht hat, so daß die kleinen Bauern, z. B. im Kreise Schweidnitz, sich sechs oder sieben Monate nach der Katastrophe an uns gewandt haben mit der Klage, daß man ihnen noch nichts gegeben habe. Man hat ihnen lediglich ein Darlehn gegeben, das sie obendrein noch mit 7 Prozent verzinsen mußten. Das nennt man eine Hilfe für die Geschädigten!

Anders sieht es mit den Herren Großgrundbesitzern aus. Anders hat es bei der Umschuldungsaktion und bei dem landwirtschaftlichen Notprogramm ausgesehen. Die Millionen derjenigen, die den Staatssäckel füllen und füllen müssen — das sind die Kleinbauern, die Werktätigen auf dem flachen Lande zusammen mit der Industriearbeiterschaft —, werden nicht dazu verwandt, diesen Leuten in ihrer Notlage zu helfen, sondern werden denen in den Rachen geworfen, die dieses System beherrschen, den Kapitalisten und den Großgrundbesitzern.

Wir haben in unserem Antrage zunächst verlangt, daß den geschädigten Kleinbauern, Handwerkern, Häuslern und Arbeitern ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der erste Punkt unseres Antrages hat wohl Annahme gefunden; die übrigen beiden Punkte, die gerade für die Entschädigungsfrage wesentlich sind, wurden aber von allen Fraktionen, auch von der Sozialdemokratie, abgelehnt. In dem dritten Punkte unseres Antrages haben wir gefordert, daß bei der Feststellung der Schäden und der Verteilung der Mittel die geschädigten Kleinbauern, Häusler und Kleingewerbetreibenden mitwirken sollen, indem sie eigene Kommissionen wählen, die von allen Behörden anerkannt werden müssen. Hier hat man den kleinen Leuten ihr Recht aus der Hand geschlagen. Und warum? Um die Feststellung der tatsächlich entstandenen Schäden zu verhindern! Es ist uns nicht nur aus Oberschlesien, sondern auch aus anderen Teilen Preußens bekannt, daß die Behörden bei Schadensfestsetzungen in der gemeinsten Weise gegen die Kleinbauern vorgehen, indem sie von den kleinen Leuten eidesstattliche Versicherungen verlangen, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, überhaupt irgendwelche Entschädigungen zu verlangen. Das sind keine vereinzelten Erscheinungen, sondern das zeigt sich in vielen Fällen. Wenn man diesen kleinen Leuten die Möglichkeit nehmen will, über den Schaden, der sie betroffen hat, mitzubestimmen, so erklären wir Kommunisten: trotz des Widerstandes der Regierung, aller bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie werden die Kleinbauern in den geschädigten Gebieten, auch in den Gebieten, die in den letzten Tagen von Unwetterschäden betroffen worden sind, ihre Kommissionen wählen, und sie werden das Parlament bombardieren, werden an die Behörden herantreten und werden um ihr Recht kämpfen. Wir als Kommunisten werden darüber schon genügend wachen. (Bravo! bei den Komm.) Wenn man hier tagelang kuhhandelt und schachert, um der Kirche Millionen unermeßliche Reichtümer in den Rachen zu werfen, während man hier, wo die Not am größten ist, wo die Leute keine Existenz haben, wo die Ernte vernichtet, die Häuser eingestürzt, das Vieh zugrundegegangen ist, einige Bettelpfennige gibt, dann zeigt das das wahre Gesicht des dem Bankrott nahenden bürgerlichen Parlamentarismus. Wir Kommunisten werden alles daran setzen, damit diesen kleinen Leuten geholfen wird. Wir werden Seite an Seite mit den kleinen Bauern gegen dieses System ankämpfen, und zwar nicht nur in der Einzelfrage der Entschädigung, sondern in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen.

Von diesem Gesichtspunkt aus fühlen wir uns verpflichtet, da man im Hauptausschuß dem Wunsch der kleinen Leute nicht entsprochen hat, hier im Plenum vor aller Oeffentlichkeit aufzuzeigen, wohin die Wünsche der Kleinbauern gehen. Wir Kommunisten wollen mit ihnen gemeinsam dafür sorgen, daß sie ihr Recht erhalten. (Lebhaftes Bravo! bei den Komm.)

Gleiwitz

Stahlhelm übt Handgranatenwerfen

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Sonntag früh, gegen 8 Uhr, marschierten etwa 15 Stahlhelmer, die mit blinden Handgranaten ausgerüstet waren, die Coseler Straße entlang. Wie wir hören, sollen die Stahlhelmer nach dem Exerzierplatz Laband marschiert sein, um sich dort unter bewährter Leitung eines Fachmannes im Handgranatenwerfen auszubilden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich unter der „bewährten Leitung" Leute aus der legalen oder schwarzen Reichswehr verbergen. Ebenso ist es nicht geschlossen, daß der Stahlhelm mit scharfen Handgranaten ausgebildet wird. Wir kommen deshalb zu der Vermutung, weil nur ausgesuchte Stahlhelmer zu diesen Uebungen abkommandiert werden.

Die Arbeiterschaft muß angesichts dieser Tatsache sehr auf der Hut sein. Das Faschistengesindel, das zwar immer ärmer an Arbeiterelementen wird, wird von Tag zu Tag frecher. Nicht umsonst übt sich der Stahlhelm im Handgranatenwerfen. Die sich immer mehr zuspitzende politische Lage, der drohende Krieg, läßt die Faschisten immer offener ihren Charakter, den der Kriegs- und Bürgerkriegstruppe der Bourgeoisie, zum Ausdruck bringen. Die Aufdeckung verschiedener Waffenlager in letzter Zeit, die liebevolle Behandlung des Stahlhelms durch die Polizei, müssen der Arbeiterschaft ernstlich zu denken geben. Und nicht nur denken muß die Arbeiterschaft, sondern handeln. **In allen Betrieben, in allen Orten müssen von den Arbeitern Antikriegskomitees gebildet werden, die Arbeiter müssen in den Betrieben Stellung nehmen zu dem bevorstehenden Kriege, den Kriegsvorbereitungen, und am 1. August die Antwort erteilen!**

Arbeiterentlassungen bei der OGJ.

In letzter Zeit geht die oberschlesische Industrie immer weiter dazu über, Arbeiter abzubauen. Bei Hegenscheid ist in den letzten Tagen 43 Arbeitern die Kündigung ausgesprochen worden. Wie man hört, beabsichtigt die Verwaltung weitere Entlassungen vorzunehmen. Die Entlassungen sind ein Zeichen der verschärften Krise des Kapitalismus. Arbeiter, kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei für Beseitigung der Trustherrschaft, für Herbeiführung der Planwirtschaft, deren Einführung jedem Proleten Arbeit und Brot geben wird.

Der gute Hirte und seine Schafe

Der Klerus in Oberschlesien spürt, daß sein Einfluß immer mehr schwindet, daß trotz Ermahnung und Weihrauch die Arbeiter immer mehr erkennen, welche Rolle die Kirche bei der Ausbeutung der Arbeiter spielt. Die Proletarier erkennen immer mehr, daß das Zentrum eine absolute Partei der Unternehmer ist, die die konfessionelle Einstellung des Arbeiters dazu mißbraucht, um ihn zum geduldigen Ausbeutungsobjekt zu erziehen. Es gilt nun, den Einfluß des Zentrums wieder zu vertiefen. Deshalb Bau von Klöstern, Kirchen und Vereinshäusern. Deshalb Finanzierung der christlichen Organisationen, deshalb Konkordat und in Oberschlesien Wallfahrten nach dem sogenannten „heiligen Berge". Sie marschieren getrennt, um sich dort abwechselnd vom Bischof, von Ulitzka, Lukaschek und anderen „Führern" „neue Kraft und Mut zum weiteren Lebenskampf" zu holen.

Am vergangenen Sonntag waren die Jugendlichen dran. Sie zogen aus dem Industriegebiet schon sehr zeitig und bei strömendem Regen aus, um ihren Segen zu holen. Bei vollkommen aufgeweichtem Boden, durchnäßt bis auf die Haut, erwarteten sie den „göttlichen Segen". Endlich war auch der Schmerz vorüber. Sie zogen heimwärts. Auf der nächsten Bahnstation, wo der bestellte Zug sie erwartete, schieben sich die Geister sehr gründlich. Während die nassen, ermüdeten „Gläubigen" in der Holzklasse zusammengepfercht nach Hause fuhren. und reichlich Kohldampf schoben, begaben sich die Hirten gemütlicher auf den Heimweg. Ich sehe ihn noch, diesen „Hirten", wie er in der gepolsterten Wagenklasse mit seinem zufriedenen Gesicht sanft nickte, die segnenden Hände über dem Bäuchlein gefaltet.

„Ein guter Hirte aber verläßt seine Schafe nicht!"

Neuregelung der Marktverhältnisse

Die Marktverhältnisse gaben der städtischen Polizei Anlaß, mit der zuständigen Kommission Fühlung zu nehmen, um grundlegend die Verhältnisse auf dem Gleiwitzer Markt zu regeln. Bei dieser Besprechung wurde die Einteilung der Plätze und der Warengattungen, die feilgeboten werden, ferner die Viehmärkte und die hierfür erlassenen Bestimmungen und die sonstigen Anweisungen für unser Marktleben durchberaten. Ganz besonders wurde die Marktpolizeiverordnung vom 20. Oktober 1913 behandelt und hierbei festgestellt, daß an der Regelung der Markttage nichts geändert wird; es werden zwei Wochenmärkte, und zwar regelmäßig an jedem Dienstag und Freitag, abgehalten. Falls auf einen dieser beiden Tage ein Feiertag oder Jahrmarkt fällt, findet der Wochenmarkt am vorhergehenden Werktage statt. Als Feilhalteplatz für Schwarzvieh (Ziegen, Schweine, Rindvieh aller Art und Pferde) wurde der Platz der Republik, (früher Krakauer Platz) bestimmt; es finden allwöchentlich Dienstags ein Schweinemarkt, dessen Verlegung gleich der Anordnung für den Dienstag-Wochenmarkt gilt, und jeden Monat, mit Ausnahme des Dezembers, ein Pferde- und Rindviehmarkt statt.

Fundsachen

Gefunden: 1 brauner Lodenhut, 1 braunes Portemonnaie, 1 Paar Schlüpfer, 1 Ohrring (Doublee-Gold) mit rotem Steinchen, in der Witowskistraße, zwischen der Fichte- und Markusstraße.

Beuthen

Rätselhafter Todessturz

Am Sonnabendmorgen stürzte der Bücherrevisor (?) P. Mrowietz von der Dyngosstraße aus dem Fenster seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb M. im Krankenhaus. Ueber diesen Todessturz schwirren verschiedene Gerüchte herum. Ein Teil der Bevölkerung nimmt einen Unglücksfall, der andere einen Selbstmord an.

Arbeitsinvaliden, laßt euch nicht einseifen

A. K. Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden statt. Der erste Vorsitzende Schmolke leitete die Versammlung und machte, bevor er dem Gauleiter Simon das Wort erteilte, einen allgemeinen Schmus, um die Invaliden und Arbeitsopfer für den Zentralverband zu ködern. Simon, der Hauptredner, ließ natürlich eine Hetze gegen die KPD. vom Stapel. Das ist ihm wichtiger, als wirklich für die Invaliden einzutreten. Eine Aussprache bremste man durch langes Hinausziehen der Rede Simons ab.

Arbeitsinvaliden, laßt euch durch diese Leute nicht einseifen. Die Sozialdemokraten werden für euch nie was übrig haben. Eure Organisation ist der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit!

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten

Sonntag vormittag verübte ein Reichswehrsoldat von der 15. Kompanie, Reichswehr-Regiment 9, zurzeit Beuthen, bei den Eltern in der Wohnung durch Erschießen Selbstmord. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses geschafft. Der Grund zur Tat ist unbekannt. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt.

*

Soweit der offizielle Pressebericht. Wir glauben nicht, daß damit die Sache abgetan ist. Für uns beweist aufs neue der Fall, daß die Reichswehr, das besondere Pflegekind der Sozialdemokratie, mit dem kriegsmäßigen Drill dafür sorgt, daß die nicht ganz abgebrühten gewöhnlichen Soldaten in den Tod getrieben werden. In den letzten Monaten haben sich die Fälle gemehrt, daß Reichswehrsoldaten lieber freiwillig in den Tod gingen, als diese „Soldatenspielerei" noch weiter mitzumachen. Das ist natürlich falsch von diesen Opfern der Reaktion. Durch freiwilliges Ausscheiden aus dem Leben wird nur das reaktionäre System von Fremdkörpern gereinigt.

Hindenburg

Es wird weiter gemuckert

Wir berichteten am Sonnabend über den Vorstoß der Zentrumskaffeetanten gegen die Einführung eines Familienbadebetriebes im Stadtbad. Jetzt hat sich noch ein weiteres Gremium von diesen Muckern mit der gleichen Frage befaßt und verlangt, daß der Magistrat unter keinen Umständen den Familienbadebetrieb zuläßt. Schon oftmals haben wir dieses Muckertum, das nicht im geringsten eine Berechtigung zum Protest hat, ins rechte Licht gerückt. Für dieses Mal möchten wir nur wiederholen, daß von diesen frommen Muckern insgeheim die Schweinereien gezüchtet werden und das Vorgehen nur eine elende Heuchelei ist. Da aber beim Hindenburger wohllöblichen Magistrat unter Leitung des Sozialdemokraten Franz alles möglich ist, möchten wir den Magistrat warnen, den Zentrumsmuckern evtl. ihre Wünsche zu erfüllen.

Ueberfall auf eine Kassiererin

Am Sonnabend wurde der Kassiererin Frau Franziska T. in dem Hausflur Heinrichstraße 88 von einem Mann Pfeffer in die Augen geworfen und eine Aktentasche mit 325 Mark entrissen. Die leere Tasche ließ der Täter im Hausflur liegen. Beschreibung des Täters: 35 bis 40 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank, schmales Gesicht, dunkler Schnurrbart, blauer Anzug, schwarzer weicher Hut, schwarze Halbschuhe.

Neustadt

Opfer der Arbeit

Beim Ankuppeln wurde dem Schaffner Pohl aus Neisse auf der Station Schnellewalde ein Bein abgefahren. Infolge der schlechten Beleuchtung, die dort ist, kam der Bedauernswerte zu Falle. Mit einem Bein kam er unter den fahrenden Zug, der ihm das Bein bis ans Knie abtrennte. Der Verunglückte wurde in das hiesige Krankenhaus geschafft.

Kreuzburg

Arbeiter, Achtung!

A. K. In den Mauern Kreuzburgs haben sich die Faschisten eine Zeitung zugelegt. Betitelt ist dieses Blättchen mit „Kreuzburger Anzeiger" und gibt an, neutral zu sein. Der faschistische Stadtrat Rode ist der Verantwortliche dieses Blättchens. Mit Schwung gehen die Faschisten ran, vor allem Arbeiter und die kleinbürgerlichen Schichten als Leser zu ködern. Wir fordern die Arbeiter auf, das Faschistenblatt strikt abzulehnen. Wenn Werber ins Haus kommen jagt sie zum Teufel.

Oppeln

Von den Arbeitersamaritern

Am Donnerstag, dem 4. Juli, fand im alten Schützenhaus die fällige Mitgliederversammlung der Arbeitersamariter statt. Zu Beginn der Tagesordnung gab Genosse Libor einen kurzen Tätigkeitsbericht des letzten Vierteljahres bekannt. Aus diesem Bericht war zu entnehmen, daß die Inanspruchnahme der Unfallwache ständig steigt, außerdem aber die Samariter auch in Kursen, Veranstaltungen, wöchentlichen Uebungen usw. für ihre fortlaufende Weiterbildung Sorge tragen. Ein Krankenpflegekursus für Frauen wurde im letzten Vierteljahr beendet. Die Abschlußprüfung findet in nächster Zeit statt. Außerdem fand ein Lehrkursus, veranstaltet von der Bezirksleitung, an einem Sonntag in der Anatomie in Breslau statt, woran sich 12 Samariter beteiligten, die der Kolonne Oppeln angehören.

Zum 2. Vorsitzenden wurde Genosse Glücksmann einstimmig gewählt. Der nächste Kursus in „Erste Hilfe bei Unglücksfällen" findet Ende September statt. Der Tag des Beginns wird noch rechtzeitig bekanntgegeben. Anmeldungen für den Kursus können heute schon bei der Unfallwache und den Kolonnenmitgliedern erfolgen. Der diesjährige staatliche genehmigte Sammeltag wurde auf den 31. August und 1. September festgelegt. Sämtliche Mitglieder, die an diesem Tage frei sind, haben sich daran zu beteiligen. Die Vorarbeiten erledigt der Vorstand. Eine rege Debatte erbrachte der Punkt „Ankauf eines Krankenautos". Trotz größter Bedenken und Sorgen über die Beschaffung der Mittel für den Kauf dieses Autos, waren sich alle Kolonnenmitglieder darin einig, daß ohne die Beschaffung es nicht mehr weitergehen kann. Besonders, wenn man plötzlich mit einem größeren Unfall oder einer Katastrophe zu rechnen hat und in Oppeln nur ein großes, brauchbares Krankenauto vorhanden ist. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit einer hiesigen Firma in Verbindung zu setzen und den Kauf zu tätigen. Es ist damit zu rechnen, daß das große Krankenauto, das auf das beste eingerichtet ist und 2 Krankenbahren, 1 Sitzbank und 1 Sessel für den Arzt aufweist, in zirka vier Wochen in Oppeln eintrifft. Näheres wird dann noch bekanntgegeben.

Einige kleinere Punkte, u. a. auch die vorgeschriebene Eintragung in die Unfallmeldezettel, beendeten die Versammlung.

Am Donnerstag, dem 17. Juli, 20 Uhr, treffen sich alle Samariter, die Schwimmer sind, in der städtischen Badeanstalt zu einem Unterricht von Dr. Süß und Dr. Kwotzek in „Erste Hilfe bei Ertrinkenden".

Waldemar sitzt in der Krippe

Am Sonnabend wurde der Sozialdemokrat Waldemar Ossowski durch seinen zentrumlichen Freund, Oberpräsidenten Lukaschek, als Polizeipräsident in Oppeln eingeführt. Waldemar, der frühere Klempnergeselle und spätere Bauunternehmer, sitzt also nun fest in der Krippe. Er wird sich als Polizeipräsident der Bourgeoisie würdig erweisen.

Führer von Weißstein, Waldenburg, Salzbrunn, Nieder-Hermsdorf, Dittersbach, Blumenau, Altwasser, Wüstegiersdorf, Fellhammer-Nord, Langwaltersdorf, Reichhennersdorf, Sandberg-Walden, Bunzlau, Haynau, Liegnitz, Bolkenhain

Weißstein

Bernhard Seidel, Flurstraße 2
88044 Fleisch- und Wurstgeschäft

Gut und billig kaufen Sie im
Warenhaus Erich Lange
88058

Alfred Müller, Salzbrunner Str. 29
Roßfleischerei
88057

Heinrich Worbs, Konradsthaler Str. 23
Zigarrenhaus und Mineralwasserfabrik
88056

Max Schäl, Salzbrunner Straße 53
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88054

Erich Geisler, Hartauer Weg 4
Fleischerei
88053

Ernst Schubert, Hauptstr. 63
Fernruf 296
Kolonialwaren und Feinkost
88894

HANS HERZOG
Altwasserstraße 14
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
88059

Heinrich Opitz
Hauptstraße 168
Bäckerei und Konditorei
88051

Willy Hehne, Hauptstraße / Kolonialwaren
Vorkost, Südfrüchte, Schokoladen, Tabake
Sämtliche Schulbücher am Lager
88052

Paul Berger, Hauptstraße 96
ff. Fleisch- und Wurstwaren
88895

„Deutsches Haus", Hauptstraße 93
Empfiehlt seine Lokalitäten
Groß. u. klein. Saal, Vereinszimmer
88047

Bruno Kinner, Salzbrunner Str. 33
Molkereiprodukte und Milchversorgung
Lebensmittelhaus
88265

Konrad Ludwig
Altwasser Straße 16
Fleisch- und Wurstgeschäft
88264

Paul Rother, Hauptstraße 150
Bäckerei und Konditorei
88050

Karl Wiehmert, Hauptstraße 129
Uhren, Möbel, Haus- u. Küchengeräte
88049

Kaufhaus Hanke
Hauptstraße 115
88048

W. Krause, Inh. M. Krzuk
Kolonialwaren :: Wollwaren :: Reste
88046

Karl Puschmann, Hauptstraße 62
Bäckerei und Konditorei
88045

Ernst Giersch, Mittelstraße
Möbel und Arbeiterbekleidung
88043

Paul Simon / Molkereigeschäft
Hauptstraße 144
88896

Weißstein-Hartau

Hartauer Tanzdiele „Wilhelmsruh"
Max Klenner
empf. seine Lokalitäten u. Gesellschaftszimmer
88268

WENDELIN LACHNIT
Kolonialwaren — Feinkost
Zigarren — Zigaretten — Tabakwaren
88267

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Julius Schwarzer, Hartauer Weg 2
88266

Waldenburg

Konfektionshaus
88035
Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung

Kauf bei
Jacobsohn
Gartenstrasse 6

Teppiche — Farben — Linoleum
ADOLF ERNST
An der katholischen Kirche
88270

D. Korn, Friedländer Str. 7
Nur gute Herren- und Knaben-Bekleidung
Alleinverkauf d. Fa. Louis Mosberg, Bielefeld
88039

Kaufhaus Max Holzer
Friedländer Str. 10
88037

Hugo Klahr, Gottesberger Straße
Leder, Koffer, Lederwaren, Sportartikel
88269

Fahrradhandlung
Ferdinand Kaizler, Auenstraße 48
Reparaturwerkstatt
88038

Waldenburg-Neustadt

Friedrich Becker / Hermannstraße 56
Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate, Beleuchtungskörp., Reparaturwerkst.
88420

Haynau

Theodor Prinz — Ring 30
Mode- und Konfektionswaren
88401

Hermann Stiller, Bahnhofstr. 35
Schuhwaren
Maß- und Reparaturwerkstatt
88402

Park-Restaurant, Parkstraße 12
Richard Fritsche
Angenehmer Familienaufenthalt
88403

Liegnitz

Max Süssmann
Mittelstraße 11
Herren- und Knabenbekleidung
88658

Größte Schuhreparatur
mit elektr. Betrieb
P. Kwintkiewitz, Burgstraße 50
88655

Louis Kowalski, Goldberger Straße 23
Deutsche Herren- u. Knabenmoden
Berufskleidung — Herrenartikel
88654

Max Futter, Ring 9/10
Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren, Putz, Damenkonfektion, Kurzwaren, Strümpfe und Wollwaren
88656

Reserviert

Bunzlau

A. Grundmann, Gnadenberger Str. 52
Fleisch- und Wurstwaren
88613

E. Burke / Stockstraße 21
Herren-Frisiergeschäft
88612

Paul Müller, Kath. Kirchplatz 3
— Möbeltischlerei —
88608

EISENRUBINSTEIN
Größtes Unternehmen der Branche am Platze
88618

Gertrud Hobik, Zollstraße 9
Weiß- und Wollwaren, Herrenartikel
88609

Erich Kühn — Oberstraße 19
Schuhwaren
Maß- und Reparaturwerkstatt
88619

SCHIFFER & SOHN
Wurst- und Fleischkonservenfabrik
Schinkensalzerei
88617

Sortimentshaus
Theophil Rosenthal
88615

Trinkt Milch
d. Bunzlauer Lehrmolkerei
88614

Leinenhaus
HEINRICH HAMMERLA
Leinen / Baumwollwaren
Kleiderstoffe / Wäsche / Trikotagen
88616

Schuhhaus Wendlandt & Eckert
Feine und starke Schuhwaren
Nicolaistraße 7
88610

Thomas Zebler, Nikolaistraße 14
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
88611

Nieder-Hermsdorf

Paul Reisewitz — Westend 3
empfiehlt seine Lokalitäten u. Vereinszimmer
88494

Kaufhaus Witte
Damen- u. Herrenkonfektion, Wäsche
Tabakwaren
88491

Hermsdorfer Tanzdiele
Gasthof „Zur Vorwärtshütte"
empfiehlt seinen Saal für Versammlungen und Vereinszwecke
88493

Kurt Hyballa, Waldenburger Straße 14
Kolonial- und Eisenwaren
88490

Ida Zwiener, Hauptstraße 29
Reste — Partiewaren — Bettfedern
Kein Laden
88489

Hermann Bretschneider
Mühlenfabrikate — Lebensmittel
88492

HEINZEL & SCHUBERT
Hauptstraße 4
Kolonialwaren, Delikatessen, Spirituosen
88488

Damen- u. Herrenbekleidung
Strickwaren und Wäsche auf Kredit
Blitz, Nieder-Hermsdorf, Hauptstr. 3
88897

Ober-Wüstegiersdorf

Heinrich Hippe — 136
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88435

Robert Böhm, Hauptstraße 145
ff. Aufschnitt
Rind- und Schweineschlächterei
88434

ERNST TEICHMANN
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus- und Küchenwäsche, Trikotagen
88436

Wüstegiersdorf

Alfons Himmel, Hauptstraße 45
Kolonialwaren — Zigarren — Zigaretten
Seifen — Parfümerien
88432

Richard Moschner — Hauptstraße 17
Herren- u. Damenkonfektion
88431

Karl Schäuler, Hauptstraße 54
empfiehlt Konfektion und Schuhwaren
zu niedrigsten Preisen
88430

Qualitätsschuhwaren
für Haus, Straße, Gesellschaft u. Sport
E. Scholz Erben, Hauptstraße 46
88433

Adolf Blümel / Achthäuserweg 1
Kolonial- und Gemischtwaren
Spielwaren in großer Auswahl
Mitglied des Rabattsparvereins
88429

Schützenhaus Kaltwasser
Beliebtes Ausflugslokal
15 Min. vom Bahnhof Ober-Wüstegiersdorf
Jeden Sonntag Tanz — E. Strauch
88428

Altwasser

Erhard Hoetzel — Kolonialwaren
Delikatessen, Haus- und Küchengeräte
88041

Weißes Roß" / Inh. Bruno Grieger
empf. großen Saal u. Vereinszimmer
zu Vergnügen u. Versammlungszwecken
88042

Milchversorgung Groß-Waldenburg
Erste Molkerei des Industriegebiets, unterdauernd. Kontrolle d. städt. Gesundheitsamtes
Trinkt Milch
Flaschenmilch u. lauf. sämtl. Molkereiprodukte nur von meinen Milchwagen u. Verkaufsstellen
88040

Lebensmittel aller Art gut und preiswert
Hermann Lachner, Charlottenbrunner Str. 34
neben „Germania"
88422

Erich Finster / Breslauer Straße 86
empfiehlt sich zur Neuanfertigung und Ausbesserung von Damen-, Tisch- u. Bettwäsche
88421

Zigarren / Zigaretten / Rauchtabak
Adolf Radler, Inh. Fritz Radler
Breslauer Straße 44 und am Bahnhof
88426

HUGO MÜLLER
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-, Schnitt- u. Emaillewaren / Verkaufsstellen: Altwasser, „Eisernes Kreuz", „Seelberger Kaufhaus"
88424

Exner & Co., Breslauer Straße 38
Lebensmittel, Obst und Gemüse
Stets frische Land- und Molkereibutter
88423

Modehaus Bernhard Grüger
Damen-, Herren-, Kinderkonfektion
Mode-, Weiß-, Woll-, Kurzwaren
Grüger's Konfektionshaus — Am Bahnhof
88425

Fellhammer-Nord

Ernst Franke, Fellhammer, Gr. Nord 9
Herren-, Damen-, Weißwarenkonfektion
88487

Oskar Krause, Sarg-, Bau- u. Möbeltischl., Lag. fertig. Möbel u. Polsterwaren
88486

Springer's Gasthaus „Zur Erholung"
Tanzdiele / Arbeiterlokal
Jeden Donnerstag und Sonntag Tanz
88484

Maria Buhl, Hauptstraße 15
— Vorkosthandlung —
88483

Josef Niepel, Hauptstraße 6
Sattlerei — Möbel und Linoleum
88437

Eduard u. Oskar Tschersich, Schulstr. 2
Schuhwaren — Kolonialwaren
88485

Bolkenhain

Alfred Buse :: Mühlstraße 10
Holz und Kohlen
88570

A. Grundmann
Kolonialwaren :: Tabak
Zigarren :: Zigaretten :: Weine u. Liköre
88571

Bad Salzbrunn

Sorgenfrei!
Deutsche Bestattungs-Versicherungs-Aktiengesellschaft
Waldenburg u. Umgebung
88893

Ober-Salzbrunn

JULIUS JUST
Kolonialwaren / Tabak / Zigaretten
88055

Nieder-Salzbrunn

Franz Kreiziret, Möbelmagazin
Teilzahlung gestattet
88303

Paul Kluß / Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen und Musikapparate
88304

Blumenau

Gotthard Gillert, Dorfstraße 19
Kolonialwaren, Spirituos., Rauchwaren
88427

Langwaltersdorf

Gerichtskretscham Langwaltersdorf
— Saal für Vereine —
88263

Sandberg-Waldenburg

Julius Päuser, Waldenburger Str. 55
Kolonialwaren / Glas / Porzellan
Haus- und Küchengeräte
88261

Reichhennersdorf

Heinrich Wolf, Dorfstraße 102
Kolonialwaren — Bäckerei
88388

Gasthof „Zum Bergfrieden"
— Angenehmer Familienaufenthalt —
88389

Dittersbach

„Rekord-Schuhhaus" / Hauptstraße 89
Herren- und Damen-Modeschuhe
Spez. Arbeitsschuhe zu reellen Preisen
88260

Josef Kriegel, Eisenhandlung
Haus- und Küchengeräte, Geschenkartikel
Solinger Stahlwaren
88259

Oskar Wiehl, Hauptstr. 186, Tel. 1612
Herren- und Knabenkonfektion sowie sämtliche Herrenartikel / Windjacken / Breeceshosen
88258

Reserviert

Breslau-West

Zentral-Theater / Ballsäle / Breslau 6, Westendstr. 50/52
Inhaber: Alfons Hahn — Fernruf 23429
88237

Lebensmittel
Weine, Tabake
Otto Dindas
Bärenstrasse 31
88067

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren
Fr. Rzechulka
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße
88078

Alsen-Molkerei
Milch, Butter
Eier, Käse
Alsenstrasse 86
88317

Fisch-Spezialgeschäft
M. Schinzel, Frankfurter Str. 127
88072

Hustenbonbon
Speise-Eis
P. Nierke
Fr.-Wilhelm-Str. 59
88076

Bären-Drogerie
Alfr. Hoffmann
Bärenstrasse 38
88069

Sie haben kein Geld zu verschenken!
Daher auf zum
Radio-Wachtplatz, Friedr.-Wilh.-Str. 16
Tel. 59066. Teilzahlung. Vertreterbesuch.
88313

Anna Hahn
Fisch- und Räucherwaren
Alsenstrasse 54
88318

Kolonialwaren / Delikatessen
Tabakwaren — 8 Prozent Rabatt
Egon Kraus — Schweitzerstraße 9
88079

Schuhe u. Stiefel
bei Wilhelm Vogel
66 Friedrich-Wilhelm-Straße 66
88316

Fahrradhaus Dreßler, Bärenstraße 9
Presto-, Hänel- Victoria- u. Dürkopp-Räder
Schallplatten — Teilzahlung gestattet
88068

Lebensmittel, Spirituosen, Tabakwaren
P. Gebauer
Posener Straße 27, Ecke Alsenstraße
88070

Besucht
Ossyra's Gaststätten
88314

Leinenwaren und Kleiderstoffe
billigste Einkaufsquelle der Arbeiterschaft
5% Rabatt bei Bezugnahme
Benno Ascher, Friedr.-Wilhelm-Str. 5
88314

G. Schäuich, Frankfurter Str. 115/117
Wäsche — Trikotagen — Strümpfe
88072

Fisch-Spezialgeschäft Karl Ullrich
Frankfurter Straße 168
88071

Breslau-Nord

KÜCHENGERÄTE
Emaille, Zinkwannen etc.
M. Gasde — Benderplatz 7
88351

Reserviert

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!